DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 131, Samstag, 6. Mai 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck (rowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Rudolph Bauer mit Prof. Giorgio Agamben

in der Aufklärung des Corona-Regimes, made in Germany | Bald am Work und jetzt im Asia (Seite 16)



RECHTSSTAAT?
Die Top-Anwälte Gordon
Pankalla und Prof. Martin
Schwab kämpfen vor Gericht

AUFBRUCH Willy Brandt kommt zurück! NEIN!
Wie der Sudan
systematisch
destabilisiert wurde

U-BAHN-GESICHTER Prof. Michael Meyen zur Macht der Leitmedien

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW131

- ...denn sie wussten, was sie tun, Seiten 1, 12, 13
- Livestreamer Weichreite wird Preisträger, Seite 2
- Dr. Köhne: »J'accuse«, Seite 2
- WHO und Weltherrschaft, Seite 3
- Anwalt Pankalla: Regierungskritiker werden kriminalisiert,
 Seite 4
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seite 4
- Prof. Dr. Schwab: Die Hilflosigkeit der Justiz mit den C-Spaziergängen, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Polizisten für Aufklärung: Rechtsschutz für alle, Seite 6
- Kundgebung zur Unterstützung von Richter Dettmar, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Interview mit Pianist Arne Schmitt, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Anselm Lenz: Willy Brandt und die Gärten des Rechts, Seite 9
- Motor Mittelstand: Wann ist die Schmerzgrenze erreicht? Seite 10
- Ernst Wolff: Zukunftsnahrung Laborfleisch? Seite 10
- Felix Feistel: Der Bürgerkrieg im Sudan, Seite 11
- Was steht in den Pfizer-Dokumenten? Seiten 12, 13
- Über die Meinungsfreiheit in Deutschland, Seite 14
- Prof. Michael Meyen: Die heimlichen Herrscher, Seite 14
- Neu: Veranstaltungskalender, Seite 14
- Christen im Widerstand: Gott, wo bist du? Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Sport mit Berthold, Seite 15
- FOX feuert Tucker Carlson, AUF1 vor dem Aus? Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 131. Ausgabe ab Samstag, 6. Mai 2023. | Redaktionsschluss war am 4. Mai. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. Chef vom Dienst: Klaus Müller. Redaktion Krieg & Frieden: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. Sportchef: Thomas Berthold. Layout und Satz: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. Fotoressort: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. Weitere Redaktionsmitglieder: Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. Korrektorat: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. Redaktionskooperationen: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. Verlagsvertragspartner Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Rudolph Bauer, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diave. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. Verlag: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. Druck: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung. Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der 5-Punkte-Plan seit 28. März 2020: 1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. 4. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64



r ist überall. Der Livestreamer mit dem hübschen Namen. Ob in Erfurt, Paris, Wien oder Berlin, er ist vor Ort und berichtet. Dabei setzt er sich persönlichen Risiken aus, ob diese vonseiten der regierungstreuen Fake-Antifa kommen, oder von den Truppen der Regierung selbst.

Sie haben einen umkämpften Stand: die Bürgerjournalisten, die auf den Demonstrationen dokumentieren, was vor sich geht und so in Echtzeit berichten, was in der Welt passiert. Die Polizei will sie nicht als vollwertige Journalisten anerkennen. Der Vorwurf ist, dass die Information der Öffentlichkeit nicht aus finanziellen Gründen zur Verfügung gestellt werden, sondern aus dem Idealismus, dass Öffentlichkeit selbst ein hohes Gut ist. Sie werden verhaftet wegen vermeintlich gefälschter Presseausweise.

In Frankreich versuchte man, sich der Bürgerjournalisten zu entledigen, indem man kurzerhand das Filmen von Polizeieinsätzen verbieten wollte. Dagegen ging die französische Republik auf die Straße. Man

wusste, dass das Dunkel, das Ausblenden, die Zensur, der Gewalt Vorschub leistet. Der Bürgerjournalist Weichreite sucht das Gespräch, auch mit denen, die ihn verachten. So kam er vielmals in brenzlige Situationen, bei denen Reporter ohne Grenzen eigentlich aufschreien müsste. Doch die Berufs-Journalisten fürchten, dass unabhängige Journalisten, die ihre Arbeit aus Idealismus leisten, ihnen die gut bezahlten Pöstchen rauben. Und so erfährt Weichreite keine Unterstützung, wenn er beispielsweise in Leipzig als Nazi diffamiert und tätlich angegriffen wird.

Das Livestreamen ist ein hartes Geschäft. Es braucht Ausdauer, Überzeugung und Humor, sich den Widrigkeiten immer wieder aufs Neue zu stellen. All das hat Weichreite und verschafft so Menschen und Veranstaltungen, die verschwiegen und ausgeblendet werden sollen, wie zuletzt die Solidaritätsdemonstration für den Richter Christian Dettmar in Erfurt, zu ihrem Recht.

Dafür gebührt ihm Anerkennung, Dank und der Preis der Republik.

Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen),

Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DEN YOUTUBER WEICHREITE. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WO-CHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN. Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes,

Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kuaelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabring Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Rig Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes. Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharay, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64 Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

: DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE:

»J'accuse«

EINWURF von Werner Köhne

ber das Schweigen, ja vollständige Versagen vieler Intellektueller während der letzten Jahre ist schon einiges geschrieben worden. Massiv geschädigt wurde so eine Öffentlichkeit, für die einst der Schriftsteller Émile Zola stand.

Mit seinem »J'accuse« (Ich klage an) erwies er sich als Fahnenträger der Aufklärung gegen einen Antisemitismus, der in seiner Zeit weite Teile der Eliten befallen hatte. Die Geltung dieses Typs von Intellektuellen wird inzwischen bestritten. An dessen Stelle ist der Experte, der Moderator und der vom Markt gedungene Medienfuzzi getreten – nicht zu vergessen der zynisch moralisierende Systemgänger. Dagegen hier mal aus der Erinnerung ein anderes Bild.

1981 veröffentlichten der Soziologe Oskar Negt und der Filmemacher und Essayist Alexander Kluge ein Mammutwerk, das in Farbe und Format an die berühmten blauen Marx-Bände erinnerte. Der Titel des Buches Geschichte und Eigensinn stellte eine verknappte Botschaft dar, gehalten im Pathos einer frei schwebenden Intelligenz: Man wollte zu neuen Ufern des Denkens aufbrechen – entlang der Frage, wie objektive und subjektive Kräfte der historischen Entwicklung ineinanderwirken.

Dazu passte auch ein Foto der beiden Autoren auf der inneren Kladdenseite des Buches. Wir registrieren darauf, wie diese Geistesarbeiter sich an einem größeren Tisch gegenüber sitzen – ein Duo, das auf fast rührende Weise die Anmutung einer konzentrierten Arbeitsgruppe hervorruft: Hier der handfest als Theoretiker der Gewerkschaften auftretende Oskar Negt, dort der in flatternden Assoziationen wildernde Alexander Kluge.

Negt und Kluge prägten zwei Typen von Intellektuellen mit einer neomarxistisch kritischen Sicht, in der alles an Lebensäußerungen integriert werden sollte: angefangen von Betrachtungen zur aktiven Einflussnahme der menschlichen Haut auf das Liebesleben bis hin zu Auseinandersetzungen mit dem Politphilosophen Antonio Gramsci.

Negt und Kluge setzen sich mit dieser Phänomenologie schon deutlich ab vom Typ des Intellektuellen der heroischen Spur Émile Zolas. Noch weiter aber sind sie entfernt

von der schweigenden Armada von Intellektuellen heute, die sich in erbärmlicher Weise systemkonform verhalten hat.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den gro-Ben Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

WHO UND WELTHERRSCHAFT

Warum sich Menschen gegen den Pandemievertrag zur Wehr setzen | Von Hendrik Sodenkamp

om 21. bis 28. Mai 2023 kommen im schweizerischen Genf die Herren der Welt zusammen. Es geht darum, internationale Gesundheitsvorschriften zu formulieren, die für nahezu sämtliche Staaten der Welt verbindlich sind. Dagegen mehrt sich Widerstand.

Die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) gibt es seit 1969, um international auf ansteckende Krankheiten und Seuchen reagieren zu können. Dabei hat diese Einrichtungen einige Erfolge vorzuweisen. Die Kritik, die nun in Deutschland laut wird, richtet sich dagegen, dass mit den neuen Vorschriften, die in einem ersten Entwurf seit Februar 2023 vorliegen, Macht und Entscheidungsbefugnisse von demokratisch legitimierten Regierungen an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) abgegeben werden. Eine Institution also, die in den letzten Jahren immer abhängiger von Großeigentümern und Großunternehmern wurde.

»Die WHO ist seit mindestens 13 Jahren in steigendem Ausmaß von *Big Pharma*, privaten Geldgebern, nicht gewählten NGOs und der Finanzkonzernen unterwandert«, heißt es in einem offenen Brief des Ärztlichen Berufsverbands Hippokratischer Eid an den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz. »Die WHO entscheidet nach völlig undurchsichtigen Abläufen und hat schon mehrere Fehlentscheidungen getroffen, die nicht wissenschaftlich gestützt oder nachvollziehbar waren, wie im Rahmen der Corona-Pandemie.«

KONZERNE WOLLEN AN UND IN UNSERE KÖRPER

Dass Konzerne die IHR als Investitionsquelle betrachten sollen, machte der Indonesische Gesundheitsminister Budi Sadikin vor internationalen Vertretern der Großindustrie klar. Durch den Pandemievertrag und die Gesundheitsvorschriften werde ein Fonds eingerichtet, der bereits jetzt einen Umfang von 10 Milliarden Dollar hätte. »Was sind die Geschäftschancen für Sie?«, so der Politiker, »Zehn Milliarden Dollar im Gesundheitssektor, also fangen Sie an zu investieren« Die Ärzte des Verbands Hippokratischer Eid mit Sprecherin Dr. med. Sonja Reitz kritisieren ebenfalls, dass die Bundesregierung von der Bevölkerung

keine demokratische Legitimation hat, umfassende nationale Befugnisse an die transnationale Konzern-Institution WHO abzugeben, da es weder eine Wahl, noch eine Bundestagsabstimmung, geschweige denn eine Volksabstimmung für diesen völkerrechtlich bindenden Vertrag gebe.

PRIVATISIERUNG VON STAATLICHEN AUFGABEN

Die IHR, die bislang vorliegen, sehen vor, dass sich sämtliche Vertragsstaaten bei Ausruf einer Pandemie zu einer bestimmten Handelspolitik verpflichten. Demnach dürfen keine Vorschriften erlassen werden, »die den Handel mit pharmazeutischen Rohstoffen und Inhaltsstoffen unangemessen beeinträchtigen«. Was das konkret bedeutet, ist absichtlich vage gehalten.

Außerdem verpflichten sich die Vertragsstaaten, sämtliche potentiell gefährlichen Erreger in Labore zu bringen, die unter der Kontrolle der WHO stehen. Dies soll laut offiziellen Angaben dazu dienen, einen international den Zugang zu Daten zu diesen Viren zu vereinfachen. Kritiker führen hierbei jedoch die Gefahren auf, die solche Labore in sich haben und in denen in der Vergangenheit auch umstrittene sogenannte Gain-of-Function-Experimente (Wirkverstärkungs-Experimente) durchgeführt wurden. Diese kommen aus der biologischen Kriegsführung, wobei Erreger bewusst gefährlicher gemacht werden. Kritiker sehen nicht ein, warum eine demokratisch dermaßen schwach legitimierte Institution wie die WHO, die zudem unter Konzerneinfluss steht, über Massenvernichtungswaffen verfügen muss.

Die Vertragsstaaten sollen sich dem Entwurf nach auch dazu verpflichten, Produkte »die zur Pandemiebekämpfung geeignet sind« kostenlos zur Verfügung zu stellen, damit sich die WHO selber um die Bekämpfung des womöglich auftretenden Virus kümmern könne. Dafür sollen medizinische Sonderkommandos eingerichtet werden, die der US-Milliardär Bill Gates, größter privater Geldgeber der WHO, bereits vor Jahren für sich und seine Institution forderte. Die Gesundheitsvorschriften greifen auch in das Budget-Recht der Parlamente ein. Laut Entwurf sollen sich die Staaten und Regierungen dazu

verpflichten, fünf Prozent ihrer laufenden Gesundheitsaufgaben für »Pandemieprävention, -vorsorge, -reaktion und Wiederherstellung der Gesundheitssysteme« auszugeben. Außerdem sollen sich die Regierungen darauf verpflichten, einen gewissen Anteil ihres Bruttoinlandsprodukts für die WHO-Pandemiepolitik zur Verfügung zu stellen. Der genaue Anteil soll nun Ende Mai besprochen werden.

FOLGEN DER KONZERNHERRSCHAFT

Wie lukrativ die Politik der WHO für Pharmakonzerne ist, haben die Coronamaßnahmen gezeigt. Laut dem Nachrichtenportal *tkp.at* sind Gesamteinnahmen der Hersteller der in den westlichen Ländern verwendeten Impfstoffen seit 2019 um 118 Mrd. USD gestiegen, wobei *Moderna*, *AstraZenec*a und *BioNTech* jeweils etwa 20 Mrd. USD und *Pfizer* die verbleibende Hälfte von etwa 60 Mrd. erhalten haben.

Die Gesundheitsvorschriften und der Pandemievertrag sollen laut Äußerungen des Indonesischen Gesundheitsministers zur Dauereinrichtung werden. Welch katastrophale Folgen eine solche Politik hat, kann man aus den Daten der EMA zu den Coronaspritzen entnehmen. Laut dem Datenstand vom 24. April 2023 sind 2.212.877 Fälle von Nebenwirkungen angezeigt worden. 27.960 Todesfälle und 637.710 schwerwiegende Nebenwirkungen. Darunter betroffene Kinder mit 42.198 Fällen, 270 Todesfällen und 15.141 schwerwiegende Nebenwirkungen, wie dauerhafte Behinderungen. Neben den gemeldeten Fällen gehen Experten von einer hohen Dunkelziffer aus, die das fünfbis 20-fache der gemeldeten Fälle bildet.

Der offene Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit dem Appell, dass dieser seine Richtlinienkompetenz einsetzt, um Karl Lauterbachs (SPD) Reise nach Genf zu verhindern, ist auf der Internetseite des Ärzteverbands Hippokratischer Eid zu finden. Daneben wurden zu diesem Zweck mehrere Petitionen gestartet. Ob sich die Bundesregierung um diese Stimmen der Bevölkerung kümmert, wird bezweifelt. Die Organisatoren sagen jedoch, dass sie nichts unversucht lassen wollen, um den Machtgewinn der Konzerne zu verhindern.



Schilder am 29. April 2023 in Magdeburg. Foto: Georgi Belickin

MELDUNG

BUNDESTAG LEHNT UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS AB

Berlin/DW. Die AfD-Fraktion forderte in einem Antrag, einen zweiten Untersuchungsausschuss einzusetzen, um die während der sogenannten Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen auf ihre Notwendigkeit und Angemessenheit hin untersuchen zu lassen. Doch der Antrag wurde abgebügelt. 577 Abgeordnete votierten in namentlicher Abstimmung dagegen, dafür votierten die AfD-Fraktion sowie je zwei CDU/CSU- und fraktionslose Abgeordnete. Das Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit (ZAAVV) wird vom 9. bis 11. Juni 2023 einen ersten großen Aufarbeitungskongress starten, um als Zivilgesellschaft die Aufarbeitung voranzutreiben, die ein Untersuchungsausschuss hätte leisten müssen. (kmü)

CORONA-APP WIRD EINGESTELLT

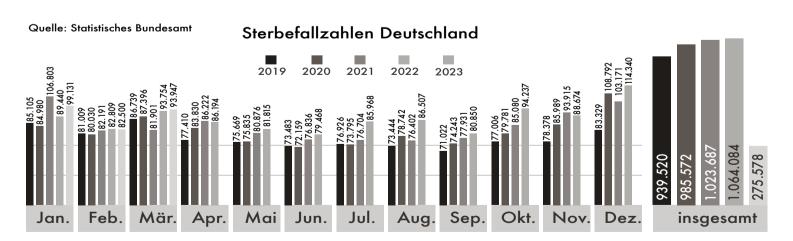
Berlin/DW. Am 1. Mai wurden die Hauptfunktionen der millionenfach genutzten Corona-Warn-App, die einst als vermeintlich wichtiges Werkzeug zur Pandemiebekämpfung angepriesen wurde, abgeschatet. Im Juni geht sie in den »Schlafmodus« und soll demnach (vorerst) nicht mehr aktualisiert werden. (kmü)

EINREISE IN DIE USA FÜR »UNGEIMPFTE« WIEDER MÖGLICH

Washington/DW. Das Weiße Haus hat die Einreisesperre für Menschen, die auf die Corona-Spritzen verzichteten, aufgehoben. Ab dem 11. Mai 2023 entfällt die Impfnachweispflicht. Für die Einreise in die USA werden dann nur noch ein gültiger Reisepass und ein Esta-Zertifikat benötigt. (kmü)

APPELL VON BHAKDI: »RETTET DIE MENSCHHEIT!«

Magdeburg/DW. In einem Videovortrag appellierte Sucharit Bhakdi am 29. April: »Rettet die Menschheit!« Der Professor erklärte, dass die Injektion von Fremd-DNA in den menschlichen Körper verheerende Folgen haben könne und warnte deshalb vor möglichen weiteren Impfungen, bei denen die mRNA-Technologie zum Einsatz kommen könne. (kmü)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Regierungskritiker werden kriminalisiert

Youtuber »Aktivist Mann« und die »marokkanische Minze« Ein UNGLAUBLICHER FALL von Anwalt Gordon Pankalla

ls der »Aktivist Mann« Mateo Westfal von Salzburg wieder in die BRD einreisen wollte, erlebte er am Bahnhof in Freilassing eine böse Überraschung: Kurzerhand musste er aus dem Zug aussteigen und wurde durchsucht. Was man fand, war marokkanische Minze – aber die Grenzer unterstellten Westfal, dass er Drogen schmuggeln wollte.

Was sich zunächst vielleicht noch lustig anhört, wurde für den »Aktivist Mann« zum Albtraum. Man brachte ihn auf ein Polizeistation und steckte ihn in eine Zelle. Dort musste er stundenlang warten – auf einen Drogentest. Aber noch bevor man das Ergebnis des Drogentests hatte, wurde er gezwungen, sich auszuziehen und zwar komplett.

RECHTSWIDRIGE DURCHSUCHUNG

Als ich morgens aufwache, klingelt mein Handy. Der »Aktivist Mann« ist in der Leitung. Er sitzt fest, und seit Stunden lasse man ihn nicht auf die Toilette gehen. Ich schlage vor, dass man ihn in Begleitung aufs Klo gehen lässt. Diesem Vorschlag kommen die Polizisten nach. Aber nun soll Mateo Westfal sich auch noch nackt ausziehen – eine Durchsuchung nach der

Strafprozessordnung (StPO).

Beim Verdacht einer Hehlerei darf nach § 102 StPO eine Durchsuchung vorgenommen werden, wenn zu vermuten ist, dass die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen werde. Hierzu zählt nicht nur das Ausziehen, sondern auch die Kontrolle von Körperöffnungen, weitere Untersuchungen nach § 81a StPO dürfen nur mit einem richterlichen Beschluss durchgeführt werden – zum Beispiel Blutabnahmen. Ich schlage vor, dass man auf das Ergebnis des Drogentests warten solle, bevor Westfal sich ausziehen muss, aber darauf wollen sich die Beamten nicht einlassen.

Er könne sich nun »freiwillig ausziehen«, oder man werde dies unter Zwang durchsetzen. Aber wie geriet der »Aktivist Mann« eigentlich in die Fänge der Polizei? Gegen Westfal läuft eine sogenannte Schengen-Fahndung, was bedeutet, dass er an jeder Grenze kontrolliert wird. Warum dies so ist, können wir nur vermuten, die Polizei in Freilassing teilte ihm jedenfalls mit, dass gegen ihn wegen Landfriedensbruch ermittelt würde.

Dieser Vorwurf wurde über zwei Jahre aufrecht erhalten, obwohl dafür keinerlei Grund bestand. Westfal filmte damals den sogenannten »Sturm auf den Reichstag«.



Aktivist Mann bei der Arbeit. Foto: Georgi Belickin

ERMITTLUNGEN OHNE JEDEN ANFANGSVERDACHT

In meinen Augen bestand für diese Ermittlungen nicht mal ein Anfangsverdacht und nach meiner Beschwerde darüber, warum dieses unsinnige Verfahren nicht endlich eingestellt würde, kam nun auch endlich die Einstellung. Trotzdem besteht wohl weiterhin die Fahndung gegen meinen Mandanten und diese wird ständig zum Anlass genommen, ihn auf Schritt und Tritt zu verfolgen und ihn an der Grenze zu durchsuchen. Die Liste der falschen Vorwürfe und sinnlosen Verfahren gegen Westfal ist lang: Filmen auf der Demo, angeblicher Aufruf zu Straftaten, Nutzung eines angeblich falschen Presseausweises. Man ist sich für nichts zu schade, um gegen ihn zu ermitteln, auch wenn sich die Vorwürfe dann stets in Luft auflösen. Auf den Kosten bleibt mein Mandant trotzdem immer sitzen. Neben der

körperlichen Durchsuchung am Bahnhof in Freilassing, steht auch eine Durchsuchung seiner Wohnung auf der Liste, die damals deshalb erfolgte, weil Westfal vermeintlich öffentlich zu einer Straftat aufgerufen hatte. Da eine solche öffentliche Tat bereits mit dem Aufruf vollendet ist, erschließt sich nicht der Grund dazu, dann auch noch seine Wohnung zu durchsuchen. Was will man hier noch Relevantes finden? Aber es wird einfach gemacht und meine Beschwerde gegen den richterlichen Beschluss wurde natürlich zurückgewiesen. Auch gegen die körperliche Durchsuchung am Bahnhof werden wir nun wieder eine richterliche Entscheidung über die Maßnahme beantragen.

ZERSETZUNG WIE IN DER DDR

Noch bevor man Westfal wieder auf freien Fuß setzte, nahm man ihm sein Handy weg. Die Begründung der Maßnahme, die selbstverständlich ohne einen richterlichen Beschluss erfolgt war: Auf dem Handy könnten ja Hehlerkontakte sein. Und dies, obwohl der Drogentest negativ ausgefallen war, was nicht verwunderte, denn was Westfal in der Tasche hatte, waren in Wirklichkeit zwei Gramm marokkanische Minze. Wenn Sie mich fragen, dann versucht man hier, mit allen Mitteln einen jungen Mann zu kriminalisieren, nur weil er sich kritisch in Bezug auf unsere Regierung äußert. Dies sind Zersetzungsmaßnahmen wie wir sie bereits aus der DDR kennen. Wenn man Menschen andauernd mit sinnlosen Verfahren überzieht, würde ich dies nach dem Gesetz auch als eine Form des Stalkings ansehen.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Kein Witz: Wir leben in einer Freiluft-Psychiatrie

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

iebe Leser, die Absurditäten in unserem Land überschlagen sich und zwar in einem immer schnelleren Tempo. Wenn ich diesen Text zu Ende geschrieben habe, könnte ich gleich mit dem nächsten Rückblick anfangen. Aber wie sagte Marcus Tullius Cicero, einer der vielseitigsten Köpfe der römischen Antike, einst: »Je näher der Zusammenbruch eines Imperiums rückt, desto verrückter sind seine Gesetze.« Ich ergänze: Desto widersprüchlicher, geschmackloser und menschenverachtender agieren die (noch) Mächtigen.

 soll ich anfangen und wo Vielleicht beim Filz aufhören? im Wirtschaftsministerium? Dieser wird beinahe stündlich größer und größer. Vetternwirtschaft Habecks ist einer Demokratie unwürdig. Ups, welche Demokratie? Und dann bekommt unser noch Insolvenzminister auch einen Wirtschaftspreis verliehen – vom eigenen Bruder. Geht es noch lächerlicher und schamloser? Überhaupt: Dass jemand ausgezeichnet wird, weil er sein Land vorsätzlich gegen die Wand fährt, ist wirklich bemerkenswert. Glückwunsch! Das, was wir erleben, ist Realsatire pur. Als Kabarettist würde ich mich schwarzärgern – darf man das heutzutage eigentlich noch sagen? Comedy-Formate waren noch nie so überflüssig wie heute. Wer lachen will, muss sich nur die Reden von Scholz,



Demokraten in Magdeburg sagen NEIN am 29. April 2023. Foto: Georgi Belickin

Habeck, Wortakrobatin Bärbock und Co. anhören. Und was kommt als Nächstes? Wie wäre es mit einem Verdienstorden für Karlatan Lauterbach, weil er während der Plandemie so viele Menschenleben vor einem »Killervirus« gerettet hat?

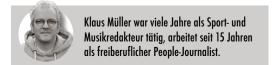
Apropos Märchenbuchautor: Er will also Wärmepumpen, die wir nicht haben, von Handwerkern, die wir wir nicht haben, einbauen lassen und zwar in gedämmte Häuser mit Fußbodenheizung, die die allermeisten nicht haben und sie mit Strom betreiben, den wir nicht (mehr) produzieren. Klingt nach einem wirklich gut ausgetüftelten Plan. Übrigens: Im Bundestag wird die Heizung nicht umgerüstet, eine Umstellung sei technisch nicht so ohne weiteres möglich, also verfeuert man weiter Öl und Gas. Kein Witz! Manche sind eben gleicher. Und ein Münchner musste laut SZ seine Wärmepumpe nun durch eine

Gasheizung ersetzen. Grund: Zu niedriger Grundwasserstand. Kein Witz! Aber egal: Wärmepumpen helfen, sie retten Leben. Was ich mich frage: Gibt es beim Einbau einer Wärmepumpe eigentlich auch wieder eine Bratwurst gratis dazu?

Zur Erinnerung: Erst sollten wir uns spritzen lassen und unsere Gesundheit riskieren. Kein Witz: Sie wollten Atemwegsviren mit »Impfungen« eliminieren. Dazu schlossen sie Verträge mit *Big Pharma*, die 75 Jahre (!) unter Verschluss gehalten werden sollten. Haftungsausschluss inklusive. Logo! Diejenigen, die auch jetzt noch immer nicht zumindest stutzig geworden sind, sollen bitte weiter *Tagesschau*, *Maischberger*, *Anne Will* oder *Markus Lanz* gucken, sie haben die Kontrolle über ihr Leben längst verloren. Anne Will findet ja die Wahrheit – nämlich dass wir in Deutschland allein das Klima nicht retten können, »hochproblematisch«.

Nun, vielleicht wollte sie darauf hinaus, dass man das Klima genauso wenig retten kann wie den Sonnenuntergang. Oder wie formulierte es Lisa Fitz einmal: »Ich halte die globale Erwärmung für viel weniger gefährlich als die globale Verblödung.«

Wie auch immer: Nach unserer Gesundheit sollen wir uns nun auch noch finanziell ruinieren. Die Enteignung schreitet voran. Die bösen Verschwörungstheoretiker hatten schon wieder recht. Und wie immer ist alles nur zu unserem Besten. Aber vielleicht fällt doch langsam der Groschen. Die Lärmpegel bei den Auftritten unserer Politiker am Tag der Arbeit jedenfalls lassen hoffen: Was bekam Nancy Fäser in Herborn zu hören? »Hau ab!« und »Halt's Maul!« Ja, auf die nette Art und Weise verstehen sie es wohl nicht mehr. Bei Habeck in Flensburg oder Dreyer in Koblenz war es ganz ähnlich. Keine Frage: Die Beliebtheitsskala unserer Politiker rauscht in die Kloschüssel. Der ÖRR befindet sich da schon länger. MDR Wissen teilte nun mit – Wortlaut: »Vegetarier-Kacke riecht besser.« Kein Witz! Beim Thema Fäkalien haben sie aber offenbar das Gendern vergessen. Nun, es ist auch so offensichtlich: Wir leben in einer Freiluft-Psychiatrie. Aber ich gönne mir jetzt erstmal eine Bratwurst!



Politik & Recht



Rund 10.000 Menschen kamen am 29. April vor dem Magdeburger Dom für Demokratie in Deutschland zusammen. Foto: Georgi Belickin



SPAZIERST DU NOCH ODER DEMONSTRIERST DU SCHON?

Die Hilflosigkeit der Justiz mit den C-Spaziergängen

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

Zwei Urteile des Amtsgerichts Westerstede vom 6. März 2023 (48 OWi 852/22; 48 OWi 853/22) dokumentieren die Hilflosigkeit der Justiz im Umgang mit den Corona-Spaziergängen.

Eine Frau wurde von der Polizei im März 2022 zweimal bei solchen Spaziergängen ohne Maske angetroffen. Die Corona-Verordnung des Landes Niedersachsen sah zu diesem Zeitpunkt vor, dass die Teilnehmer an Versammlungen eine FFP2-Maske zu tragen hatten. Die Folge: Zwei Bußgelder. War das rechtens? Insbesondere: Waren die Spaziergänge im Rechtssinne eine »Versammlung«?

Eine solche wird vom Versammlungsgesetz Niedersachsen definiert als »eine ortsfeste oder sich fortbewegende Zusammenkunft von mindestens zwei Personen zur gemeinschaftlichen, auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung« (§ 2 NVersG). Das zeigt deutlich, dass für den außenstehenden Betrachter die Absicht der Teilnehmer, an der öffentlichen Meinungsbildung mitzuwirken, erkennbar sein muss. Denn wenn eine Handlung nicht als Meinungsbeitrag erkennbar ist, kann sie auch die Meinungsbildung nicht beeinflussen. Man hätte also erwartet, dass der Amtsrichter in Westerstede nach Umständen sucht, die den Spaziergang als Beitrag zur Meinungsbildung erkennen lassen. Was ich dann aber in den beiden Urteilen las, hat mich durchaus in Erstaunen versetzt:

- Es sei mittlerweile gerichtsbekannt, dass in einigen (näher benannten) Städten sich die Spaziergänger regelmäßig am gleichen Wochentag zur gleichen Uhrzeit am selben Ort getroffen hätten.
- Die als Versammlungsteilnehmer angetroffenen Personen seien schon von früheren gleichartigen Veranstaltungen polizeibekannt; es seien also im Wesentlichen immer dieselben Leute, die sich da träfen (das ist beim Verein Wandervogel e.V. auch nicht anders).
- Zu den Spaziergängen sei via *Telegram* aufgerufen worden.
- Die Gruppe habe eine innere Verbundenheit erkennen lassen (ist das nicht bei allen Gruppen so?).
- Es sei immer um Corona und Masken gegangen (wobei in beiden Urteilen nicht festgestellt wird, wie sich das geäußert haben soll – die Gespräche zwischen den Versammlungsteilnehmern als solche sind für Außenstehende nicht als Meinungskundgabe erkennbar),
- Einzelne Teilnehmer hätten Westen mit politischen Aufschriften (»Einer für alle, alle für einen«; »Glückliche Kinder brauchen mutige Eltern«) getragen bzw. Zollstöcke mitgeführt, um die Einhaltung allfälliger Abstände zu demonstrieren.

Es wurde also nicht festgestellt, dass Schilder oder Transparente gezeigt, Sprüche skandiert, Lieder gesungen oder Kerzen getragen wurden. Das Einzige, was man als Ausdruck einer Meinungskundgabe werten kann, sind die Aufschriften auf der Kleidung – die aber offenbar nur von einer oder zwei Personen gezeigt wurden, die daher nicht zwingend allen anderen Spaziergängern zugerechnet werden können und die zudem einen Inhalt hatten, der alles und nichts heißen kann: »Einer für alle, alle für einen« könnte genauso gut auf einem Fußballtrikot stehen. Beide Urteile enthalten einen geradezu zwanghaften Versuch, eine Handlung, die nach außen hin keine eindeutige Zielsetzung erkennen lässt, zur »Versammlung« zu deklarieren – damit nur ja

die Maskenpflicht greift und wegen deren Verletzung ein Bußgeld verhängt werden kann. Die eigentlich kritischen Fragen werden gar nicht erst gestellt:

- Was unterscheidet in infektionsepidemiologischer Hinsicht die Corona-Spaziergänger auf der einen von öffentlichen Ansammlungen ohne politische Zielsetzung auf der anderen Seite? Etwa von betrunkenen Fußballfans, die, berauscht vom Sieg der eigenen Mannschaft Arm in Arm grölend durch die Straßen torkeln? Von Wandervereinen, deren Mitglieder gemeinsam im Frühtau zu Berge ziehen? Von Touristengruppen, die gemeinsam Sehenswürdigkeiten betrachten (und eng beisammenstehen, um den Fremdenführer akustisch verstehen zu können)?
- Wenn man denn von einer Versammlung ausgeht: Ist es mit dem Grundrecht aus Art. 8 GG vereinbar, wenn deren Teilnehmer gezwungen werden, eine äußere Gestalt anzunehmen, welche die eigenen Kommunikationsziele in ihr Gegenteil verkehrt? Niemand käme auf die Idee, jemanden, der gegen Linksextremismus demonstriert, zu zwingen, einen Antifa-Anstecker zu tragen. Aber jemand, der gegen die Maskenpflicht demonstriert, soll eine Maske tragen müssen?
- Karl Lauterbach hatte in einer im Februar 2023 eingeräumt, die Corona-Regeln im Freien seien »Schwachsinn« gewesen. Die Rechtsüberzeugung hat sich also gewandelt. Warum muss jetzt unbedingt noch jeder noch so lächerliche Verstoß wenn es denn hier überhaupt einer war mit unnachgiebiger Härte verfolgt werden?

Die beiden hier besprochenen Urteile bestätigen, was Kritiker schon lange argwöhnen: Bei den Corona-Maßnahmen geht es nicht und ging es nie um Gesundheitsschutz. Es geht einzig und allein um Gehorsam gegenüber der Staatsgewalt um des Gehorsams willen. Diese Feststellung habe ich schon in meiner Kolumne über das *Superspreader-Sandwich* aus Bielefeld treffen müssen. Ich fürchte, ich werde mich da auch in Zukunft noch ein paarmal wiederholen müssen.

MELDUNG

STRACK-ZIMMERMANN: 250 ANZEIGEN PRO TAG!

Berlin/DW. Wer austeilt, sollte auch einstecken können. Marie-Agnes Strack-Zimmermann bekommt angeblich Monat für Monat tausende Hass-Nachrichten, weshalb sie einem Bericht der Bild zufolge rund 250 Strafanzeigen stellt – pro Monat! Dabei gehe es um gehässige Kommentare in Briefen, E-Mails und den sozialen Medien, die von sexistischen Beschimpfungen bis Morddrohungen reichen. Manche Angeklagte würden 500 bis 1.000 Euro zahlen und Unterlassungserklärungen unterschreiben, andere zögen vors Amtsgericht. »Als Politikerin muss man sich ein dickes Fell zulegen. Leider ist die Hemmschwelle gegenüber Politikerinnen und Politikern immer weiter gesunken, sodass man sich auch schon auf kommunalpolitischer Ebene drastischen Angriffen ausgesetzt sieht«, wird die FDP-Frau, die teilweise unter Personenschutz steht, zitiert. (kmü)

SÖDER LÄSST GERALD GROSZ ANZEIGEN UND ERNTET SPOTT

München/DW. Der österreichische Politiker und Kolumnist Gerald Grosz ist bekannt dafür, dass er das politische Geschehen mit spitzer Zunge kommentiert. Viele Menschen lieben ihn dafür, Markus Söder (CSU) mag ihn dagegen vermutlich weniger. Am Politischen Aschermittwoch (22. Februar) hielt Grosz eine Rede bei der AfD, in der er den Bayerischen Ministerpräsidenten als »Södolf«, »Corona-Autokrat« und »Landesverräter« bezeichnete. Die Folge: Söder stellte Strafanzeige, weshalb die Staatsanwaltschaft Deggendorf ein Ermittlungserfahren wegen Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens gegen Grosz einleitete. Der nimmt's offenbar lokker: In einem offenen Brief an Söder legte er sogar nach. Darin schreibt er u. a.: »Das Beherrschen einer harten politischen Auseinandersetzung setzt rhetorische Brillanz, geistige Beweglichkeit, analytisches Denken und daraus folgend präzise Spontanität voraus. Wahre Autorität zeigt sich nicht durch die mehr als zweifelhafte Besitznahme eines Amtes und die Befriedigung eines schwachen Selbstbewusstseins durch die rein äußerlichen Symbole der Macht, sondern ergibt sich aus der freien Zustimmung und ehrlichen Zuneigung der eigenen Landsleute.« Bei seiner Gastrede bei der AfD hatte sich Grosz auch über Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) lustig gemacht, bezeichnete diesen u. a. als einen »Horrorclown«. (kmü)

WEHRBEAUFTRAGE HÖGL FORDERT MEHR Bereitschaft, die Freizeit zu Verteidigen

Berlin/DW. In einem Interview mit den Stuttgarter Nachrichten fordert die Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD), dass Deutschland mehr Bereitschaft brauche, »die eigene Freiheit zu verteidigen – notfalls auch aktiv.« Den Grund für ihre Aussage liefert sie gleich mit: In Umfragen zeige sich, dass die Deutschen in großer Zahl sagen würden, »dass sie im Angriffsfall nicht bereit wären, das eigene Land zu verteidigen, sondern lieber das Land verlassen würden«. Was genau Högl unter Freiheit versteht, wurde in dem Interview allerdings nicht deutlich. (kmü)

Demokratiebewegung





Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3 AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3 BAD DÜRKHEIM: Montag 18.00 • Rheinpfalz • Wurstmarkt BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2 DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1 ESSEN: Montag 18.00 • WAZ und WDR • Rolandstr. / Aalto Theater FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8 HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132 HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1 HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf v. Bennigsen Ufer 22 KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46 KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3 KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz KÖLN: Freitag 13.00 • Rundfunkratssitzung • Gülichplatz LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5 OPPENHEIM: Montag 18.00 • SWR Regional • Katharinenkirche PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20

WÜRZBURG: Donnerstag ab 15.00 • Bürgerdialog • Oberer Markt ZUFFENHAUSEN: Montag 18.00 • Stuttg. Zeitung • Brunnen vor Rathaus

SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt

WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz

SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz

SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio

Schlossgartenallee 61

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHUTTE, 18 Uhr, am Rathaus – ALTMÜNSTER, 18 Uhr, am Marktplatz - BABENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus - BACKNANG, 18:30 Uhr, am Obstmarkt - BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 - CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus - CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus -DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz – DENKEN-DORF, 18 Uhr, am Rathaus – DORMAGEN, 18 Uhr, am Rathaus - ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus - EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus - FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus - FÜRSTENFELDBRUCK, 18 Uhr, am Volksfestplatz - GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus - GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm - HAFFKRUG, 18 Uhr, an der Seebrücke – HALDENSLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – INGOLSTADT, 18 Uhr, am Paradeplatz - JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus - KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus - KUSTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus - LAM-SPRINGE, 18 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – LICHTENFELS, 18 Uhr, am Marktplatz - MAGDALA, 18 Uhr, am Rathaus -NAILA, 18:30 Uhr, am Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER
WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

DEMOTERMINE	DER VERFASSUNGS	BEWEGUNG
Senden Sie uns die Tern	nine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@de	mokratischerwiderstand.de
Sa, 6.5.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 6.5.2023 13-16:50 Uhr	Berlin, Freienwalder Str. 15/ ggü. Gedenkstätte Hohenschönhausen	Autokorso
Sa, 6.5.2023 11-15 Uhr	Brandenburg an der Havel, Katharinenkirchplatz	Schilderdemo
Sa, 6.5.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 6.5.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 6.5.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 6.5.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 6.5.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 6.5.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 6.5.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 6.5.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 6.5.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Šchwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 6.5.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 7.5.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 7.5.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 8.5.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr Mo, 8.5.2023 18-19 Uhr Mo, 8.5.2023 19-20:30 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz Balingen, Marktplatz Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang Spaziergang
Mo, 8.5.2023 19-21 Uhr Mo, 8.5.2023 18:30-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang Spaziergang Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee-am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 8.5.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Äbschlusskundgebung
Mo, 8.5.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 8.5.2023 18-22 Uhr	Bruchsal, am Marktplatz/Rathaus	Kundgebung und Umzug
Mo, 8.5.2023 19-21 Uhr Mo, 8.5.2023 17-20 Uhr	Cottbus, Oberkirche Darmstadt, Ludwigsplatz	Lichterspaziergang Mahnwache
Mo, 8.5.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 8.5.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 8.5.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 8.5.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Landshut, Ländertorplatz Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-19 Uhr Mo, 8.5.2023 19-21 Uhr Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Lippsladt, Rathausplatz Magdeburg, Domplatz	Spaziergang Spaziergang Demo
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 8.5.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 8.5.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 8.5.2023 18-21 Uhr Mo, 8.5.2023 19-20:30 Uhr Mo, 8.5.2023 18-20 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche Weimar, Theaterplatz Wismar, Markt	Demo Demo Versammlung
Mo, 8.5.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 9.5.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 9.5.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 9.5.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 9.5.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 9.5.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 10.5.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 10.5.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 10.5.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 10.5.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 10.5.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 10.5.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 10.5.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 10.5.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 10.5.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 11.5.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 11.5.2023 17:30-18:30 Uhr Do, 11.5.2023 18-21 Uhr Do, 11.5.2023 15-18 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke MvRichthofen-Str. Demmin, Am Marienhain Frankfurt, Bertramstr.8	Schilderdemo Demo Mahnwache
Do, 11.5.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 11.5.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 11.5.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 11.5.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 11.5.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 12.5.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 13.5.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 13.5.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 13.5.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 13.5.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 13.5.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Siea). Rathaus	Spaziergang
Sa, 13.5.2023 15:15-17 Uhr Sa, 13.5.2023 15:30-18 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang Demo Kundgebung und Aufzug
Sa, 13.5.2023 15-17 Uhr Sa, 20.5.2023 14-16 Uhr Sa, 27.5.2023 15-18 Uhr	Rostock, Rosengarten Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz Bochum, DrRuer-Platz	Fahrraddemo Umzug und Kundgebung
Sa, 17.6.2023 14-16 Uhr	Freiburg am Breisgau, am Konzerthaus ggü. Hbf	Fahrraddemo
Sa, 1.7.2023 14-17 Uhr	Freiburg am Breisgau, Platz der alten Synagoge	Schweigemarsch
Mi, 7.7.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 7.7.2023 18:30-21 Uhr Sa, 15.7.2023 14-16 Uhr	Huckarde, am Marktplatz Freiburg am Breisgau, am Konzerthaus ggü. Hbf - E-Mail adresse veranstaltuna@demokratisc	Spaziergang Fahrraddemo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



RECHTSSCHUTZ FÜR ALLE!

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Liebe Freunde der Freiheit,

am 11. Februar 2023 wendeten wir uns in der 121. Ausgabe dieser Wochenzeitung mit einer Bitte der Unterstützung an Euch. Wir sind überwältigt von der bisherigen Hilfsbereitschaft und wollen uns bei allen Unterstützern von Herzen bedanken. Ihr seid großartig!

Unser Verein wächst und hat mittlerweile Mitglieder aus fast allen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Wir konnten dank Eurer Unterstützung bereits vielen Kollegen in dieser schwierigen Zeit helfen. Die Disziplinarverfahren gegen uns gehen jedoch immer noch weiter. Zusätzlich laufen auch Ordnungswidrigkeiten- und Strafverfahren. Aufgrund dessen wenden wir uns erneut an Euch.

Fast der gesamte Vereinsvorstand, unzählbar viele Vereinsmitglieder und weitere »Bürger in Uniform«, das heißt aktive oder ehemalige Beamte, sehen sich teils hanebüchenen Disziplinar-, Ordnungswidrigkeiten- und Strafverfahren ausgesetzt. Und das deshalb, weil wir intern oder öffentlich Kritik an den Coronamaßnahmen sowie den damit verbundenen Grundrechtseinschränkungen und Folgen übten oder versuchten, auf diese Maßnahmen angemessen zu reagieren - immer ausgehend von der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung. Diese Beamten haben für ihr Gewissen und ihr Rückgrat sowohl gravierende dienstliche als auch finanzielle Nachteile erlitten. Denn wir Beamten sehen uns einem besonders schweren Druck für das Einstehen für Rechtsstaat und Menschenrechte ausgesetzt. Der ein oder andere ist daran schwer erkrankt.

Unser Ziel als eingetragener Verein ist es, dass die betroffenen Beamten bestmöglichen Rechtsschutz erhalten, um den Rechtsweg durch die Instanzen gehen zu können. Wir glauben und beharren auf Gewaltenteilung und die Kraft öffentlicher Verfahren, wie sie unsere Verfassung, das Grundgesetz, vorsieht. Außenstehende haben ein Recht darauf, Details und Umstände aus den Prozessen zu erfahren. Auch eint uns die Überzeugung, dass diese Verfahren von historischer Bedeutung sind. Zur Ermöglichung dieses Rechtsschutzes bitten wir jeden, der einen Geldbetrag übrig hat, uns zu unterstützen, egal wie groß dieser Betrag auch ist.

Die hierzu eingehenden Gelder werden ausschließlich zur Deckung der Prozesskosten eingesetzt, also Anwalts-, Gerichts-, Anund Abreise- sowie Gutachterkosten. Die Schenkungen könnt ihr an die unten angegebene Bankverbindung unseres Kooperationspartners Mutigmacher e.V. tätigen. Wir arbeiten seit mehr als zwei Jahren absolut vertrauensvoll mit den *Mutigmachern* zusammen. Etliche aus unseren Reihen haben in dieser Zeit schon wertvolle Unterstützung von dieser wichtigen Hilfsorganisation erhalten.

Wir danken herzlich für Eure Unterstützung. Und: Wir machen weiter. Björn Lars Oberndorf und Bernd Bayerlein, Vorsitzende von Polizisten für Aufklärung e.V. Konto: Mutigmacher e.V.; IBAN: DE76 7009 3400 0000 0033 36; Verwendungszweck: Verfahren Bürger in Uniform. Weitere Informationen findet Ihr auf unserer Internetseite echte-polizisten.de und bei mutigmacher.org/spenden

»Im Namen des Volkes!« - Ernsthaft?

Kundgebung zur Unterstützung des Weimarer Richters Christian Dettmar am 18. April 2023 in Erfurt | BERICHT von FeeKatrin

orum ging es bei dieser Veranstaltung auf dem Willy-Brand-Platz in Erfurt? Christian Dettmar, ein Familienrichter aus Weimar, hat in Zeiten von Corona ein Urteil erlassen, das Kinder vor dem Tragen von Atemmasken und Schnelltests schützen sollte. Gleichzeitig ließ er die Schulen wieder öffnen. Er sah das Wohl der Kinder in Gefahr.

Wie kam er zu dieser Ansicht? Er holte vorher drei Gutachten ein, die auf 177 Seiten ein klares wissenschaftliches Fazit für seine Entscheidung gaben: »Der den Schulkindern auferlegte Zwang, Masken zu tragen und Abstände untereinander und zu dritten Personen zu halten, schädigt die Kinder physisch, psychisch, pädagogisch und in ihrer psychosozialen Entwicklung, ohne dass dem mehr als ein allenfalls marginaler Nutzen für die Kinder selbst oder Dritte gegenübersteht. Schulen spielen keine wesentliche Rolle im Pandemie-Geschehen.» (Amtsgericht Weimar, Beschluss vom 8. April 2021, Az.: 9 F 148/21 Seite 176)

Dettmar sah die Verordnungen des Infektionsschutzgesetzes als Eingriff in die Grundrechte der Kinder und damit eine objektive Gefährdung des Kindeswohls. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft waren hilflos, verschwanden hinter ihren Masken, wurden zu Objekten degradiert. Viele Menschen haben die Sinnhaftigkeit Maßnahmen hinterfragt angezweifelt. Richter Dettmar brachte den Mut auf, sich bewusst vor unsere Kinder zu stellen und sie zu schützen. Er bewies Rückgrat. Aufrichtigen Menschen ist in den vergangenen drei Jahren viel Leid zugefügt wurden. So auch Dettmar: Der grundgesetztreue Jurist wurde suspendiert und wegen »Rechtsbeugung« angeklagt. Der Prozess gegen ihn wurde Mitte April verschoben, die Verhandlung soll nun am 15. Juni 2023 am Amtsgericht Erfurt beginnen (DW berichtete).



KEINE MASKE DER WELT KANN DAS GESICHT VERBERGEN, DAS BEI VIELEN ZUM VORSCHEIN GEKOMMEN IST

Demokratin in Erfurt am 18. April 2023. Foto: Bewegung Zwickau

Nun haben wir das Jahr 2023: Die verantwortlichen Politiker bedauern die von ihnen initiierten oder mitgetragenen Vorschriften und geben sie offen als Fehler zu. Als normaldenkender Mensch fragt man sich, worum es überhaupt in der Anklage gegen den Richter geht? Etwa um wissenschaftliche Belege? Nein! Seine Entscheidung ist inhaltlich nicht aufgehoben worden. Vermutlich soll er dafür büßen, dass er sich mit seinem Urteil – zudem öffentlichkeitswirksam – gegen die staatlichen Maßnahmen stellte.

Michael Ballweg, der »Querdenken«-Begründer, der selbst neun Monate in U-Haft saß, hielt dazu eine kraftvolle und mutmachende Rede auf der Veranstaltung. Er betonte, dass nur eine Justiz, die unabhängig von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen ist, ein Eckpfeiler unserer Demokratie sein kann. Wenn die Justiz politische Anordnungen nicht hinterfragt, wer sonst könnte dann das Wohl der Kinder und Menschen in diesem Land sicherstellen? Als er kurz auf seine Erfahrungen im Umgang mit ihm und in der Justizvollzugsanstalt

einging, war man als Zuhörer fassungslos. Ist das unser Land, unsere Demokratie? Er erzählte, wie es für ihn war, nicht angehört zu werden. Zeugen wurden nicht befragt, vorgebrachte Belege nicht geprüft. Aber: Michael Ballweg ist ungebrochen!

Heike Pührer mit ihrem Team der »Bewegung Zwickau« setzte mit einem siebenstündigen Programm ein großes Zeichen für den Richter mit Rückgrat. Zusammen mit ihren Unterstützern »Bürger für Thüringen« und »Weimar steht zusammen« kamen auch Beiträge aus Freiberg, Schmalkalden und Bayern. Eine besondere Anziehungskraft auf Passanten hatte die Ausstellung »Zitate der Schande«, die für fassungslose Gesichter sorgte und die Menschen berührte.

Auf der Bühne wechselten die Redebeiträge der Mutigen, die sich ans Mikro trauten und etwas zu sagen hatten, im Viertelstundentakt. Der engagierte Sänger Björn Banane unterstützte musikalisch mit einem Mix aus Leichtigkeit und drastischen Themen. In seinem neuen Lied »Du bist mein Sohn« zeigte er berührend, warum er sich trotz aller Nachteile so vehement für unsere Grundrechte einsetzt. Die thüringische Landtagsabgeordnete Dr. Ute Bergner informierte über das von ihr ins Leben gerufene »Volksbegehren Thüringen 2023« (www.volksbegehren-th.eu).

Dieses könnte eine Verfassungsänderung bewirken, die es zukünftig möglich macht, den Thüringer Landtag per Volksentscheid abwählen zu können. Die Kundgebung ging nahtlos in die Versammlung für das Volksbegehren über. Dem gesamten Orga-Team und allen Unterstützern gebührt ein großes Dankeschön für ihre professionelle Arbeit. Es braucht viele Menschen, die sich aktiv für den »Richter der Kinder« einsetzen, bis sein Freispruch verkündet wird. Dieser wäre ein wichtiges Zeichen für uns und unser Land und würde wieder mehr Frieden in unsere Herzen bringen.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.
- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.
- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.
- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.
- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.
- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.
- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.
- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.
- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.
- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.
- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.



Demokraten bahnen sich ihren Weg durch Magdeburg. Foto: Georgi Belickin

Alltag

BESTANDS=

AUFNAHME



Die Journalisten und Medienent-Kayvan Soufi-Siavash wickler (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L-Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Ein Ausschnitt aus Bestandsaufnahme #13.

- Zensoren versus Seymour Hersh.
- · Robert Habeck steht jetzt auf Atomstrom und Müllverbrennung.
- Schwarze Bürgerrechtler und Südafrikas ANC versus **US-Kriegsregime**

K.S.S.: Unsere Politiker werden bald kollektiv dastehen wie Mielke damals und sagen: »Ich liebe doch alle Menschen!« Wie lange geht es noch bis dahin?

A.L.: Ich glaube, es wird nicht mehr sehr lange gehen. Die Gesellschaft zerfällt. Ob das jetzt eine gute Nachricht ist, steht auf einem anderen Blatt. Wir versuchen ja, sinnvoll dagegen zu arbeiten, Angebote zu machen, die uns vor der Anonomie und Bürgerkrieg bewahren. - Und außenpolitisch: Die Republik Südafrika unter der Führung der legendären Partei ANC, weltweit bekannt durch die Befreiung vom Apartheidsregime, erklärte zuletzt, sie würden aus dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag austreten, weil sie der Sache nicht mehr trauen. Dem alternativen Wirtschaftsbündnis BRICS wollen jetzt sogar Südkorea und Argentinien beitreten. Das zusammengenommen heißt, der »Westen« funktioniert vorne und hinten nicht mehr. Das Imperium kommt nicht mehr hinterher, das irgendwie noch zusammenzuflicken. Die Aufrichtung des Westens an seinen eigenen Werten wäre jetzt wohl die Aufgabe. Pressefreiheit, Aufklärung, Demokratie, Menschenrecht, Völkerrecht. Aber offenbar will man einen ganz harten Aufprall haben...

K.S.S.: Nichts, was mal als für alle Ewigkeit und in Beton gegossen galt, gilt noch, zuletzt etwa, als Peking zwischen den vormals verfeindeten Ländern Saudi-Arabien und dem Iran vermittelte. Die Amerikaner hatten das ja mit inszeniert, dass die sich nicht verstanden. »Kommt doch mal nach Peking und lasst uns miteinander reden!« Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Früher traf man sich in Genf, jetzt trifft man sich in Peking. Der Versuch Israels im Jahr 2022, zwischen Moskau und Kiew einen Friedensschluss zu vermitteln, fand auch nicht in Genf statt, man flog nach Istanbul zu diesem bösen, bösen Erdogan, der auch keinen Bock mehr drauf hat, sich verarschen zu lassen und nach der Pfeife zu tanzen.

Sie versuchen, in der Ukraine den Krieg irgendwie am Laufen zu halten, obwohl ihnen die Soldaten und das Geld ausgehen und mit den Deutschen kannst Du in der Ukraine Gott sei Dank auch keinen Krieg machen, obwohl die Bundeswehr ja jetzt die »beste Armee der Welt« sein soll, wie Georg Mascolo von der Süddeutschen behauptete. Was ich erstaunlich finde, ist, dass die BRICS-Staaten, die kulturell ja ganz unterschiedlich sind, sich untereinander einiger sind, sich nicht mehr demütigen zu lassen, als eine Region wie Europa...

Mehr Bestandsaufnahme via Apolut. net und demokratischerwiderstand. de/presseklub

Musik als Waffe?

Pianist Arne Schmitt musste vor Gericht, weil er mit seinem Flügel die öffentliche Ordnung der Bundesrepublik gefährdet haben soll. | INTERVIEW von Hendrik Sodenkamp

DW: Herr Schmitt, wie dürfen wir Sie vorstellen?

Arne Schmitt: Ich bin Pianist mit dem Schwerpunkt auf Straßenmusik. Mit meinem Projekt Piano around the World war ich schon in vielen Ländern, u. a. in China. Weil ich die Coronapolitik ablehnte, bin ich in den vergangenen Jahren auf vielen Demonstrationen aufgetreten.

DW: Sie waren mit Ihrem Flügel auch auf der Demonstration gegen die sogenannte Bundesnotbremse am 20. April 2021 in Berlin, die von Redaktionsmitgliedern dieser Zeitung mitorganisiert wurde, und bei der Zehntausende Menschen zusammenkamen, um gegen Ausgangssperren, den Inzidenz-Wahnsinn und den Bruch der Verfassung, die mit diesem Gesetz einherging, zu demonstrieren. Was ist Ihnen dort passiert?

A.S.: Ich habe meinen Flügel auf der Straße des 17. Juni etwas abseits der Bühne aufgebaut und dort gespielt. Es kamen einige Redner vorbei, die von meinem Flügel aus gesprochen und auch gesungen haben, wie der Politiker Heinrich Fiechtner. Die Stimmung war wegen dieses Gesetzes angespannt, aber von Seiten der Demonstranten friedlich.

DW: Doch dann löste die Polizei die Demo auf.

A.S.: Uns wurde von Polizeibeamten gesagt, dass wir den abgeriegelten Versammlungsbereich in Richtung Siegessäule verlassen könnten. Doch auf dem Weg dahin stellte sich uns eine Polizeikette in den Weg und wollte uns nicht durch- und freilassen. Von hinten wurde gedrückt, und auf einmal sollte ich mit meinem Flügel einen schweren Landfriedensbruch begangen haben, worauf eine Strafe von bis zu zehn Jahren steht. Angeblich soll ich meinen Flügel als gefährliches Werkzeug, wie es die Staatsanwaltschaft später formulierte, in die Polizeikette gerast haben.

DW: Haben Sie das denn getan?

A.S.: Natürlich nicht. Mein Klavier bedeutet mir sehr viel und ist mir viel zu schade, um



schon sein, dass der Flügel einmal einen Polizisten sanft berührte, immerhin wurde von hinten geschoben. Aber von Gewalt kann da gar keine Rede sein. Auf Video-Aufnahmen kann man klar sehen, dass ich die Menschen zur Ruhe aufrief und sie bat, sich hinzusetzen. Nun, mein Klavier wurde beschlagnahmt, beschädigt, und ich musste vor Gericht.

DW: Zuletzt wieder in der vergangenen Woche. Wie lief das Verfahren? A.S.: Ich habe mich selbst verteidigt ...

DW: Warum?

A.S.: Ich wollte einfach offen sprechen können, mich nicht in die Defensive drängen lassen und auch nicht vorsichtig sein, wie es einem Anwälte in einer solchen Situation häufig raten. Ich wollte denen auf den Zahn fühlen und so habe ich das Verfahren auch von meiner Seite aus gestaltet. Die als Zeugen herbeigezogenen Polizisten verwikkelten sich in Widersprüche und ich konnte zeigen, dass ich mein Klavier nicht als Waffe eingesetzt habe.

DW: Wie war das Urteil?

A.S.: Der Staatsanwalt war in seinen Forderungen richtig hart: Sieben Monate Gefängnis auf zwei Jahre Bewährung wollte er für es als Rammbock zu verwenden. Es ist über- mich. Und dass der Flügel für immer eingehaupt nur sehr langsam zu bewegen und zogen bleibt. Ich forderte einen Freispruch. solche Gewalt wende ich nicht an. Es kann Die Richterin verurteilte mich dann zu 70

Tagessätzen à 15 Euro, vergleichsweise wenig also. Auch wurde der schwere Landfriedensbruch - wegen des vermeintlich gefährlichen Werkzeuges Flügel - zu Landfriedensbruch abgemildert. Und mein Flügel muss wieder herausgerückt werden.

DW: Was ist denn so ein Flügel wert?

A.S.: Viele tausend Euro. Aber für mich ist er unbezahlbar, er ist mein Instrument, und ich habe daran viel gemacht, um mit der eingebauten Elektronik einen guten Klang erzeugen zu können. Leider aber ist der Flügel durch die Behandlung der Polizei beschädigt worden.

DW: Was tun sie jetzt?

A.S.: Ich werde wohl in Berufung gehen, da ich nichts getan habe. Und ich werde schnellstmöglich mein Klavier abholen ...

DW: Und vor der Polizeistelle ein Konzert auf dem mittlerweile legendären Flügel geben?

A.S.: Gute Idee, aber ich kann noch nicht sagen, ob das mit den Beschädigungen möglich ist. Auf das Konzert hätte ich Lust. Ob es geht, werde ich bald bekanntgeben.

DW: Herr Schmitt, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stelle Hendrik Sodenkamp.

Briefe an die Redaktion

SICH ERHEBEN UND FÜR FREIHEIT UND FRIEDEN EINSTEHEN

Sarah Wagenknecht hat Menschen auf die Straße gebracht. Manche reden nun bereits von einer neuen «Querfront». Doch niemand stellte diesen Zusammenhang her, auch Wagenknecht nicht. Es ist wichtig, wohin die «Neue APO» marschiert. Wir brauchen unbedingt eine echte bürgerliche Opposition auf der Stra-Be, die die Grundrechte einfordert. Die für mich anstehende Frage lautet: Wie kann Frieden in Europa dauerhaft erzeugt werden? Auch ein Willy Brandt hat, solange er in Regierungsverantwortung war, nie gegen die Nato agiert. Alle Dienste, besonders der Verfassungsschutz, arbeiteten nie und zu keiner Zeit für unsere Grundrechte,

sondern stets für den Machterhalt der USA. Aber die Forderung «Ami go home» im Kontext der Ausführungen von Oskar Lafontaine sind billig, denn die Konsequenz aus seiner Rede wäre eine «europäische Nato». Dies würde jedoch nicht mehr Souveränität bedeuten, sondern ein «weiter so» unter anderen Vorzeichen. Die Befreiung der Deutschen aus der «Geiselhaft» ist eine grundlegend »staatsrechliche Aufgabe». Diese wird nicht sicher nicht durch das Wählen von neuen Parteien umgesetzt werden. Ein langer Weg liegt vor den Deutschen! Liebe Mitbürger, sucht keine neuen Führer, sondern arbeitet selbst an diesem Thema. Noch nie hat irgendein Politiker in einem bürgerlichen und freiheitlichen Sinne wirklich «geführt». Das geht nämlich gar nicht. Was aber funktioniert, ist dass jeder Einzelne

Leserbriefe an: K.D.W. e.V. Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

sich jetzt erhebt und in seinem Umfeld für Freiheit und Frieden einsteht - nicht für Parteien und Einzelinteressen, sondern für alle Bürger im übergreifenden Sinne. - Ralf S., Schweiz

AUF DEM SCHIRM

- RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
- **◆ 1.me/DemokratischerWiderstandTelegram**
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

Wirtschaft

Willy Brandt und die Gärten des Rechts

Warum wir mehr Demokratie in unserer Wirtschaft wagen sollten.

Von Anselm Lenz

ind die USA die schlimmsten Verbrecher der Geschichte? Guantánamo, Vietnam und 1.000 Angriffskriege. Das US-Imperium ist derzeit dabei, den Ukrainerinnen und Ukrainern anzutun, was sie uns und der halben Welt angetan haben.

Dabei hilft das Zweiparteiensystem der USA: Die Republikaner besorgen die Ressourcenkriege, die Demokraten die Weltkriege und die dafür jeweils frisch zugerichtete Moral. Unsere Strack-Zimmermänner, Pistoriusse und von der Leyens hängen nicht nur voll mit drin, sie sind Produkte dieses Systems. Wie kommen wir da lebend raus?

In einem Umfeld, das immer hemmungsloser freidreht, ist es meines Erachtens für die Demokratiebewegung Zeit, noch deutlichere Worte zu finden. Durch Nichtstun werden wir niemanden beruhigen und zur Vernunft bringen, es ist schon, sinnbildlich, eine Backpfeife und ein Glas Wasser über den Kopf nötig. »Ami, go home«, die Rudi-Dutschke-Losung der linken Westbewegung der 1960er Jahre ist sicher nicht verkehrt und wird heute vom ganzen Volk skandiert, wie zuletzt bei der Demonstration »Deutschland steht auf« in Magdeburg.

Manch einer will noch weiter gehen und die Expats in Berlin offen damit konfrontieren, ihren Eltern und Freuden zu Hause in den Five-Star-Countrys zu sagen, dass die Mehrheit der Kontintaleuropäer überhaupt keine Lust hat, dass Kalifornien jetzt in der Ukraine »verteidigt« werden soll. »Bring your Boys home!«, bringt Eure Soldaten und diesen ganz Kriegs- und Propagandaapparat nachhause!

Aber auch in Deutschland gibt es einiges zu tun. Meines Erachtens ist für die neue Demokratie- und Friedensbewegung seit 28. März 2020 nicht der Moment gekommen, den Dialog mit den Gegnern zu suchen, auf neue rettende Milliardäre zu setzen, sondern im Gegenteil, die Bewegung von Arbeitern, Arbeitslosen, Angestellten, Beamten, Künstlerinnen, Soldaten und Mittelstand auf der Straße zu stärken. Statt immer neuer haltloser Formeln, nichts bringender Projektseiten und Absichtserklärungen und nichtssagender Zoom-Konferenzen also: »Vorwärts, voran!« Offenbar werden Menschen mit viel Geld nie das Volk in seinem Kampf stützen, das ist wahrscheinlich der Grund, weshalb sie viel Geld haben.

MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Bei diesem Kampf geht es glasklar darum, die Digitalisierung aufzuhalten, um sie zunächst unter demokratische Kontrolle zu bringen, bevor wir uns als Sklaven eines US-UK-EU-Nato-Technologiekonsortiums wiederfinden – und ohne darüber abgestimmt zu haben, ob und wenn ja, was wir davon haben wollen, ob wir es lieber selber machen in staatlicher oder kommunaler Hand, oder ob wir dem transatlantischen Privatiersnetz eventuell lieber gar nicht beitreten möchten. Da der Gegner uns unbedingt vor vollendete Tatsachen stellen möchte, um unser Leben einzuhegen und auszubeuten, sollten wir jetzt schon über breiteste gesellschaftliche Bande hinweg ansprechen, dass wir Technologie auch einfach wieder abschrauben und verschrotten können. Ich beobachtete einmal, wie eine durch Bezahldrehkkreuze verhinderte öffentliche Toilette an einer Autobahnraststätte durch gemeinsame Aktion von Angestellten und Menschen mit Druck auf der Blase befreit wurde.

Ein erstes wichtiges Thema ist die Erhaltung des Bargeldes ohne totalitäre Kontrolle. Die Eindämmung und Kappung oder Zerteilung der Konzerne, die Einführung von Schutzzöllen, die Beendigung der Ideologie des Freihandels und selbstverständlich der 5-Punkte-Plan seit 28. März 2020 (NichtOhneUns.de).

Besonderes Augenmerk sollte der Konfrontation der Lügenpresse gelten. Die Initiative Leuchtturm ARD um den Filmregisseur Jimmy Gerum leistet dabei seit bald einem Jahr ausgezeichnete Arbeit mit den Mahnwachen (Seite 6) vor den Medienkonzernen. Die Medienkonzerne haben mit der Corona-Lüge und unreflektierten Bewerbung der tödlichen und schädigenden Injektionen schwerste Schuld auf sich geladen. Wie ich höre, dringen immer mehr Bürger direkt in ihre Medienhäuser vor, begrüßen ihre hochbezahlten Redakteure und Moderatorinnen in unseren angeschlossenen Funkhäusern und konfrontieren sie mit der Wahrheit. Ebenso scheint es bei der Unterwerfung unter das doktrinäre Nato-Medienballett zuzugehen, sowie zum Thema der mantrahaften Wiederholung vom »russischen Angriffskrieg«, wo doch der Krieg um Kiew, der viele Väter (und Mütter) hat, bereits im Jahr 2014 begann.

Völlig berechtigt und angebracht, scheint mir die Frage, wofür wir eigentlich die Politik brauchen, wenn sie solche Ergebnisse wie die Entwicklungen der zurückliegenden drei Jahre zeitigt? Würde es uns ohne Politik wirklich so viel schlechter gehen?

AN IHREN FRÜCHTEN WERDET IHR SIE ERKENNEN

»Es soll sich die Politik zum Teufel scheren, die – um welcher Prinzipien auch immer – den Menschen das Leben nicht leichter zu machen sucht«, erklärte der beste Bundeskanzler, den die BRD jemals hatte, Willy Brandt, das Leitmotiv aller demokratischen Politik. Mit »leichter machen« meinte Brandt nicht einen Zeitraum von 1.000 Jahren – denn über solch langen Zeitraum will wohl jeder Politiker das Leben erleichtert haben, allerdings zuvor für derlei Paradies einiges an Qualen und Massenmord dafür in Anschlag bringen, wofür es leider einige düstere Beispiele gibt.

Nein, die Erleichterung des Lebens bedeutet, dass das Leben weniger Quälerei und Unsinn bedeutet, weniger Dummheit und Autoritarismus, keinen Krieg und keine niedergeschlagenen Demonstranten, keine geräumten Stadtinitiativen und keine diffamierten Heimatliebhaber, Bergsteiger und Opernsängerinnen. Arbeiten, die wieder zur sichtbaren und spürbaren, kultürlichen, handwerklichen, geistesmäßigen und sinnlichen Verbesserung des Lebens beitragen, anstatt dass – dies als ein signifikantes Beispiel – die Wohneinheiten immer kleiner und teurer werden.

WOFÜR DIE GANZE PLACKEREI?

Wo alle soviel arbeiten, müssten die Früchte dieser Arbeit doch längst sichtbar sein, wir müssten alle längst weitaus bessere Verhältnisse vorfinden und noch weiter verbessern können, als der Durchschnitt etwa in den 1960er Jahren. Das ist aber nicht der Fall, obwohl dazwischen 60 Jahre Arbeit liegen, soviel Arbeit, dass sogar der »Stress« das große Wort jener Jahrzehnte wurde.

Wo ist also die Arbeit hingegangen? Ganz offensichtlich nicht in diese genannte »Erleichterung des Lebens«, also die Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern in Zinsen, Zinseszinsen, in teure Politikergehälter, in wahnhafte Akkumulation von abstrakten Reichtümern, in Kriegs- und Reparationszahlungen, in Luxusausgaben, die sich auf alle Zeit der Allgemeinheit entziehen und auch nicht »down trickeln« wie es der Thatcherismus-Reaganismus euphemistisch-höhnend versprach. Man könnte auch sagen: Was die substantielle Verbesserung des Lebens angeht, waren die zurückliegenden sechzig Jahre für den Allerwertesten.

Wo sind verkürzte Arbeitszeiten, erhöhte Löhne, zauberhafter kommunaler Wohnungsbau mit hängenden Gärten, zärtliche Musikstunden in Lindenhöfen, die schönsten Kindergärten der Welt, die besten Sportanlagen, die entspanntesten Lehrer und Zahnarzthelferinnen, die feinsten Forschungsstätten, die geräumigsten Universitäten mit kühlenden Kreuzgängen aus Stein gebaut, die angenehmsten Konzerthäuser ohne Konzernlogos, die sympathischsten Gedenkstätten, die schönsten Parkanlagen mit geschmackvollen Sitzbänken und Sitzgruppen, die geilsten Panzermuseen aus fernen Vergangenheiten für Freaks wie Strack-Zimmermann – und: Wo ist unser Freibier?

GESTALTUNG EINER DEMOKRATISCHEN LANDSCHAFT

Wenn man sich einmal die Frage beantwortet hat, wo unsere Arbeitskraft und die Arbeitskraft unserer Eltern hingeflossen ist, dann kann man den maßlosen Frust der »letzten Generation« auch noch einmal anders verstehen und eventuell leichter akzeptieren. Das Leben ist seit den 1960er Jahren nicht leichter geworden, die Arbeitszeiten nicht kürzer (oder nicht wesentlich kürzer), die Arbeitsverdichtung hat sogar noch zugenommen, die damalige Vollbeschäftigung wurde aufgegeben und stattdessen absichtlich ein entwürdigender Schwarzarbeits- und Niedriglohnsektor geschaffen und so weiter und so fort. Und alles nur, um den US-Dollar nach Bretton Woods irgendwie am Leben zu halten, der aber im Grunde seit 1971 mausetot ist. Und jetzt wollen die Amerikaner und die Davoser Statthalter auch noch Tante Jutta das Häuschen wegnehmen und zuvor noch eine teure neue Heizungsanlage aufschwatzen.

Nein dazu! Helmut Kohls »blühende Landschaften« wären durchaus möglich, wenn wir uns endlich von der US-Weltherrschaftsideologie des Freihandels lossagten und unser eigenes Süppchen kochten! Aber bitte ohne die USA, der Transatlantik versalzt einfach jede Delikatesse! Ich meine: Wir brauchen einen neuen starken Mann, einen echten Willy Brandt, der sagt, wo es langgeht: Raus aus der Nato und in die Gärten des Rechts und der Freiheit.

Dieser Text erschien auch auf der unabhängigen Journalistenplattform apolut.net.



Entschlossene Demokraten bei der Kundgebung auf dem Domplatz. Foto: Georgi Belickin

Wirtschaft

Samstag, 6. Mai 2023



WIR SIND DIE 99 PROZENT! MOTOR MITTELSTAND KOLUMNE von Wolfgang Greulich

WANN IST DIE SCHMERZGRENZE ERREICHT?

Die Sparkassen schließen eine Filiale nach der anderen, die IBM ersetzt Mitarbeiter durch KI (künstliche Intelligenz). Lebensmittel und Energie sind im April erneut teurer geworden, gleichzeitig wird verkündet, wie doch die Umsätze des Einzelhandels am Schrumpfen sind und es noch niemals derart hohe Nachlässe beim Kauf von neuen Autos gab.

Herr Lindner mag die Strompläne von Herrn Habeck nicht, und viele Menschen mögen den Herrn Habeck nicht. Zurecht, denn was hier vorsätzlich an volkswirtschaftlichem Schaden angerichtet wird, geht - wie man so schön im Volksmund sagt - schon längst auf keine Kuhhaut mehr. Die Ampelkoalition reitet dasselbe Ross wie zuvor auch schon die GroKo. Stellt sich doch langsam die Frage: Wer hat das initiiert und vor allem warum, und wer ist jetzt der Vollstrecker dieses Schurkenplanes? Mittelstand ade! Tja, anstatt sie in die Verantwortung für ihre Taten zu nehmen, verleihen wir ihnen dann irgendwann Preise wie zuletzt Angela Merkel. Wir, das sind in diesem Fall diejenigen aus den 99 Prozent, die schon seit 2020 nicht nur weggeschaut, sondern aktiv mitgemacht haben. Und sie schauen immer noch weg, leider. Die Zeit der billigen Energie aus Russland ist vorbei, sagt der grüne Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller. Hätte fast niemand gemerkt. Den privaten Haushalten will er damit sagen, dass sie sich an höhere Preise gewöhnen müssen und die Industriebetriebe müssen eben optimieren, um zu überleben. Tja, Herr Müller, darüber kann man sicherlich leicht reden, wenn man selbst nicht wirklich betroffen ist. Den Energiekonzernen muss er dagegen nichts sagen, denn bei denen klingeln längst die Kassen.

Die einzig entscheidende Frage lautet: Wann ist endlich die Schmerzgrenze bei dem Teil der 99 Prozent erreicht, der eben nicht seit 2020 auf die Straße gegangen ist? Ich meine die Leute, die klaglos zugeschaut und akzeptiert haben, dass Grundrechte und damit zuletzt auch die Menschen elendig mit Füßen getreten wurden. Ist es eine moralische oder wie so oft nur eine finanzielle Schmerzgrenze, die noch nicht erreicht wurde? Es ist allerhöchste Eisenbahn – aber die deutschsprechenden Völker haben ein echtes Problem: Sie sind den Medien und damit dem Kapital und den bezahlten Politikern nahezu treu ergeben. Das muss man bei aller Liebe mittlerweile als unfassbare Dummheit bezeichnen.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

ZUKUNFTSNAHRUNG LABORFLEISCH?

Der neue Markt der Biotech-Industrie | Von Ernst Wolff

seit knapp zehn Jahren – weitgehend unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit vorangetrieben. Die Rede ist von der Herstellung von künstlichem, in Laboren erzeugtem Fleisch.

Begonnen hat alles im August 2013, als Dr. Mark Post von der Universität Maastricht der Welt den ersten zellkultivierten Hamburger vorstellte. Das Problem bestand darin, dass er damals etwa 300.000 Euro kostete. Zu einem entscheidenden Schritt kam es 2020, als die Lebensmittelagentur von Singapur als erste Behörde weltweit den Verkauf von künstlich erzeugtem Hühnerfleisch genehmigte und ein von der Firma Eat Just entwickeltes Produkt zum ersten Mal auf der Speisekarte eines Restaurants erschien.

Seitdem schreitet die Entwicklung immer schneller voran. Waren es 2016 noch ganze 4 Unternehmen, die an Komponenten, Dienstleistungen und Endprodukten für Laborfleisch arbeiteten, so waren es Ende 2022 bereits 99. Darüber hinaus haben fast 40 Biotech-Firmen Produkte angemeldet und offiziell auf den Markt gebracht, die die wesentlichen Bestandteile für die Produktion von Laborfleisch und künstlich hergestellten Meeresfrüchten liefern. Hochrechnungen der Vereinten Nationen gehen davon aus, dass sich der Konsum von Fleisch weltweit bis 2050 fast verdoppeln, 2040 jedoch bereits zu 60 Prozent durch Laborfleisch gedeckt sein wird.

WIE MAN ETWAS SCHMACKHAFT MACHT

Zurzeit besteht noch das Problem, dass etwa 75 Prozent der Menschen Laborfleisch ablehnen. Gegen diesen Widerstand gibt es jedoch bereits eine Agenda, die ebenfalls mit aller Macht vorangetrieben wird und als Rechtfertigung möglicherweise nicht nur für die Einführung von Laborfleisch, sondern sogar für ein generelles Verbot tierischer Produkte dienen könnte: die Bekämpfung des Klimawandels. Diese insbesondere von den Grünen unterstützte Agenda wirkt derzeit wie ein Turbo und hat dazu geführt, dass nicht nur die weltgrößten Fleischfabrikanten wie Tyson Foods und Cargill, sondern auch Milliardäre wie Bill Gates und Richard Branson in das Geschäft eingestiegen sind.

aum jemand spricht dar- Sie und die übrigen Investoren verfolgen über, aber das Projekt wird dabei offensichtlich zwei Ziele. Zum einen wollen sie an dem Goldrausch mitverdienen, den die flächendeckende Einführung von Laborfleisch bedeuten würde: Man könnte auf Landwirte, Tiere, Weiden, Futter, Tierärzte, Stallpersonal, Transportmöglichkeiten und Schlachthöfe inklusive Personal verzichten, bräuchte nur robotergesteuerte Fabriken und könnte in kaum vorstellbarer Weise abkassieren.

> Das aber ist nur die eine Seite der Medaille. Noch viel lukrativer dürfte es sein, sich die Patente und Lizenzen zu sichern, die in der Biotechnologie stecken, die für die Produktion von Laborfleisch Voraussetzung ist.

IHRE SORGE UM UNSERE GESUNDHEIT

Hier liegt auch die größte Gefahr der aktuellen Entwicklung. Wenn es Menschen wie Gates, Branson, Brin und Co. tatsächlich gelingt, sich diese Patente und Lizenzen zu sichern, dann bedeutet das nichts anderes, als dass die Versorgung der Welt mit Fleisch irgendwann in den Händen einiger weniger Milliardäre liegt.

Welch alptraumartige Nebeneffekte das haben könnte, zeigt folgende Personalie: Dr. Rick Klausner, einer der Hauptinvestoren des rasant expandierenden niederländischen Laborfleisch-Unternehmens Meatable, war zuvor als Direktor für das US-amerikanische Nationale Krebsinstitut und danach als ehemaliger Direktor für globale Gesundheit für die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung tätig.

Bedenkt man, welch ungeheure Macht die Weltgesundheitsorganisation WHO in den vergangenen drei Jahren an sich gerissen hat, so kann man sich vorstellen, dass es nur eines kleinen Schrittes bedarf, um das zukünftige Fleisch auch noch mit Substanzen anzureichern, von denen man behaupten könnte, dass sie der »Verbesserung des Gesundheitszustandes der Welt« dienen würden.

Es ist höchste Zeit, gegen die Entwicklung von Laborfleisch aufzustehen und vor allem mit der größten Lüge aufzuräumen, die uns derzeit von ihren Protagonisten aufgetischt wird: dass die Agenda dem Tierwohl diene. Unter den Laborfleisch-Großinvestoren befinden sich mit den Fleischgroßkonzernen Tyson Foods und Cargill genau die Unternehmen, die in den vergangenen

Jahrzehnten dafür gesorgt haben, dass die Massentierhaltung immer brutalere Formen angenommen hat.

Vor allem den vielen von der aktuellen Entwicklung unserer Welt verunsicherten und um ihre Zukunft besorgten Jugendlichen sei gesagt: Weder geht es bei der Agenda des Klimawandels um die Rettung der Erde, noch geht es bei der Entwicklung von Laborfleisch um das Wohl von Tieren. Es geht allein um das Bestreben einer winzigen Minderheit, noch mehr Vermögen, noch mehr Macht und noch mehr Kontrolle über uns alle an sich zu reißen.

Der Text erschien zuerst auf der unabhängigen Journalistenplattform apolut.net und wurde für diese Zeitung behutsam gekürzt.

MELDUNG

VIESSMANN AN US-KONZERN VERKAUFT

Nachdem Robert Habeck den zwanghaften Einbau von Wärmepumpen verkündete, wurde der deutsche Wärmepumpen-Hersteller Viessmann an den US-Konzern Carrier Global verkauft, zu deren Hauptaktionären Vanguard und BlackRock zählen. Auch Bosch kündigte an, rund 250 Millionen Euro in ein Wärmepumpen-Werk in Doromierz (Polen) zu investieren. (kmü)

+++ IN ALLER KÜRZE GEMELDET +++

+++ Wie das Handelsblatt berichtet, ist die Abgabenlast auf Gehälter und Löhne in Deutschland im internationalen Vergleich extrem hoch. Nur in einem Industrieland müssen Erwerbstätige noch mehr von ihrem Einkommen abgeben – in Belgien. +++ Mainstream-Auflagen brechen ein: Bild, Welt & Co sind laut IVW-Auflagenstatistik mit starken Verlusten ins Jahr 2023 gestartet. Die harte Auflage (Abo und Einzelverkauf) der Bild ging um fast 120.000 (12,6 Prozent) nach unten. Auch der Stern verzeichnete ein prozentual zweistelliges Minus. Derweil verklagt der Springer-Verlag Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt auf mehrere Millionen Euro. Dabei gehe es um die Rückzahlung einer Abfindung und um die Zahlung einer Vertragsstrafe. Zudem wurde auch eine Strafanzeige wegen Betrugs gegen Reichelt gestellt. +++ (kmü)



»Wenn ich ganz ehrlich sein darf: Was für ein Unfall, dass diese Frau Außenministerin geworden ist. Die hätte unter normalen Bedingungen im Auswärtigen Amt nicht mal ein Praktikum gekriegt.«

Philosoph Richard David Precht im Podcast Lanz & Precht über Annalena Bärbock

KONTO DICHT!

Sie haben es wieder getan! Die nächste Bank schloss dieser Zeitung das Konto, weil wir die Oppo-sition der Gegenwart in dieser Zeitung zu Wort kom-men lassen. Mittlerweile ist es die zwölfte Bank, die im Verbund mit Geheimdiensten die demokratische Opposition bekämpft. Doch wir haben vorgesorgt. Diese Bankverbindung funktioniert:

Die neue Bankverbindung für Abos, Spenden und Verteilung ist:

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus • IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

BÜRGERKRIEG IM SUDAN

Aufgrund von Flüchtlingswellen droht Destabilisierung der ganzen Region | Von Felix Feistel

eit Mitte April herrscht im Sudan Bürgerkrieg. Hintergrund ist ein eskalierter Machtkampf zwischen General Abdel Fattah al-Burhan, dem Führer der SAF, der Streitkräfte des Sudan und de-facto Präsident, sowie General Mohamed Hamdan Dagalo, dem Führer der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) und Stellvertreter al-Burhans. Der Streit war über die Frage der Eingliederung der RSF in die regulären Streitkräfte entstanden.

Ein weiterer Konfliktpunkt betrifft die Gerichtsbarkeit, die diesen Fusionsprozess überwachen soll. Dieser Prozess ist ein wichtiger Aspekt des Übergangsabkommens des Sudan, das nach dem Militärputsch, den RSF und SAF im April 2019 gegen den damaligen Präsidenten Omar al-Baschir durchgeführt haben, geschlossen wurde. Es regelt den Übergang von einer Militärregierung zu einer zivilen Regierung, ein Prozess, der durch einen erneuten Putsch im Jahr 2021 weiter verzögert wurde. Nun lehnte die RSF die Integration in die Streitkräfte entgegen des Abkommens ab. Grund war Berichten zufolge eine Meinungsverschiedenheit zwischen Dagalo und al-Burhan über die Ernennung des Oberbefehlshabers des Militärs während der Integrationsphase. Die RSF sprach sich für die Übernahme des Amtes durch ein ziviles Staatsoberhaupt aus, während das Militär dies ablehnt. Daraufhin kam es zu Gewalt in dem afrikanischen Land, indem die Armee damit begann, Straßenkämpfe und Luftangriffe gegen die RSF durchzuführen. Mehr als 460 Tote und 4.100 Verletzte sind mittlerweile zu vermelden. Berichten zufolge wurden auch Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, Krankenhäusern und Auslandsvertretungen angegriffen. Das UN-Welternährungsprogramm stellte seine Arbeit in dem Land vorübergehend ein. Die Folge: Dringend benötigte Hilfslieferungen bleiben aus.

Zwischenzeitlich war eine dreitägige Waffenruhe ausgehandelt worden, die die Kämpfe zwar nicht beenden, aber zumindest reduzieren konnte. Beide Seiten schieben sich gegenseitig die Schuld dafür zu, dass die Waffenruhe nicht überall eingehalten wird. Nach dem Auslaufen der ersten Waffenruhe wurde einer Verlängerung um weitere drei Tage bis zum 30. April zugestimmt. Während der Waffenruhe hatte die deutsche Bundeswehr in aller Eile mehr als 700 Mitarbeiter im Sudan evakuiert, darunter alle Botschafter. Nach Ablauf der Waffenruhe intensivierten die Kämpfe sich erneut. Besonders prekär ist die Lage in der Hauptstadt Khartum. Die Bewohner dort kämpfen um Nahrung, Unterkunft und medizinische Versorgung und haben es mit Plünderern sowie bewaffneten Kräften zu tun. Der UN-Sonderbeauftragte für den Sudan, Volker Perthes, beschuldigte beide Seiten unter Missachtung geltender völkerrechtlicher und kriegsrechtlicher Normen zu agieren und verwies auf Angriffe auf dicht besiedelte Gebiete. 20 Krankenhäuser mussten bereits aufgrund von Beschädigungen oder mangelnder Ressourcen geschlossen werden. Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe stimmten die Konfliktparteien einer siebentägigen Waffenruhe vom 4. bis 11. Mai zu.

Angesichts der Übernahme eines Biolabors durch nicht näher bezeichnete bewaffnete Kräfte hat die WHO die Situation im Sudan als sehr gefährlich bezeichnet. In dem Labor befänden sich gefährliche Krankheitserreger wie Poliomyelitis, Masern und Cholera. Der WHO-Vertreter im Sudan, Nima Saeed Abid sprach von einem enormen biologischen Risiko. Der Bürgerkrieg hat zu einer massenhaften Flucht der Sudanesen geführt. Wie Associated Press berichtet stauen sich an den Grenzübergängen zu Ägypten die Flüchtenden. Dort warten sie oft tagelang mit wenig Nahrung. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR bereitet sich eigenen Angaben zufolge in den kommenden Wochen und Monaten darauf vor. dass 270.000 Sudanesen in die Nachbarländer Tschad und Südsudan fliehen könnten. Seit Beginn der Kämpfe flohen bereits 20.000 Menschen in den Tschad, 400.000 lebten dort zuvor schon in Flüchtlingscamps. Auch an der Grenze zu Äthiopien sind Behörden des Landes zufolge bereits 6.000 Flüchtlinge angekommen. Beobachter sehen die Gefahr



Der ukrainische Präsident Wolodimier Selenski besucht am 13. und 14. Mai 2023 Berlin und Aachen. Hier soll ihm und »dem Ukrainischen Volk« der Karlspreis für »Verdienste um die Einheit Europas« verliehen werden. Es wird mit Protest gerechnet. Foto: gemeinfrei

einer Destabilisierung der ganzen Region angesichts der Flüchtlingswellen.

Der Bürgerkrieg hat auch eine geopolitische Komponente, die von einigen Beobachtern als eigentlicher Auslöser betrachtet wird. So hatte ABC News im Februar berichtet, dass die Regierung des Sudan die Überprüfung eines Angebotes der russischen Regierung, einen russischen Marinestützpunkt im Sudan einzurichten, abgeschlossen habe. Das Abkommen muss nun von einer noch zu bildenden zivilen Legislative ratifiziert werden, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte. Der Vorschlag war noch vom sudanesischen Präsidenten Omar Hassan al-Bashir genehmigt worden, der 2019 von der Regierung verdrängt wurde. Die militärische Übergangsregierung hatte es daraufhin überprüft und schließlich gebilligt. Die Vereinbarung sollte 25 Jahre gelten und automatisch für weitere zehn Jahre verlängert werden, wenn keine der Seiten Einwände erhebt.

Die US-Regierung hingegen hat Einwände gegenüber diesem Vorhaben erhoben. Anfang 2022 entsandte sie zum ersten Mal seit 25 Jahren einen Botschafter in den Sudan. Dieser warnte offen vor dem Abkommen mit Russland. Wörtlich wird er zitiert: »Wenn die sudanesische Regierung beschließt, mit der Einrichtung dieser Fazilität fortzufahren oder sie neu zu verhandeln, wird dies den Interessen des Sudan schaden. [...] Alle Länder haben das souveräne Recht zu entscheiden, mit welchen anderen Ländern sie eine Partnerschaft eingehen wollen, diese Entscheidungen haben natürlich Konsequenzen.« RSF-General Mohammed Hamdan Dagalo unterhält gute Beziehungen zu Russland. Im Februar 2022 war er zu persönlichen Gesprächen nach Moskau gereist und hatte sein Einverständnis mit dem Abkommen erklärt. Zudem unterhält er exzellente Beziehungen mit Äthiopien und Eritrea, die ihrerseits ein schwieriges Verhältnis zur US-Regierung haben. Armeechef al-Burhan hingegen hat gute Beziehungen zu Ägypten, einem wichtigen Verbündeten der USA in der Region.

Gerade in den letzten Monaten vor Beginn des Bürgerkrieges hat die US-Regierung auf die Aktivitäten der russischen Söldnergruppe Wagner im Sudan hingewiesen. Bis Ende 2020 führten die USA den Sudan gemeinsam mit Nordkorea, Syrien und dem Iran in der Liste der Terrorunterstützer, was dazu führte, dass das Land kaum finanzielle Unterstützung erhielt. 2011 war der Süden des Landes mit Unterstützung der USA vom Sudan abgespalten worden.

Die nach dem Putsch 2019 installierte Übergangsregierung war von Abdalla Hamdok, einem in Großbritannien ausgebildeten Ökonomen, der zuvor für die UN gearbeitet hatte, geleitet worden. 2021 wurde dieser bei einem neuerlichen Militärputsch abgesetzt und durch General Burhan ersetzt. Damit endeten auch die Unterstützungsprogramme der Weltbank.



MELDUNG

BESCHLAGNAHMUNG VON KONTEN RUSSISCHER DIPLOMATEN

Warschau/DW. Polen hat Konten russischer Diplomaten und des Handelsbüros beschlagnahmt. Das teilte der russische Botschafter, Sergej Andrejew, gegenüber der Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* mit.

Demnach seien Gelder der Botschaft und der Handelsvertretung auf Konten der Staatsanwaltschaft überwiesen worden. Dabei handele es sich um erhebliche Beträge, die sowohl in US-Dollar als auch in polnischen Zloty gehalten worden waren. Er fügte hinzu, dass es sich bei dem Vorgang um einen groben Verstoß gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen handele. (ff)

DANK ÖL-EXPORTE: RUSSISCHE WIRTSCHAFT GUT ERHOLT

Washington/DW. Die russische Wirtschaft hat entgegen Erwartungen dem Druck durch die westlichen Sanktionen gut verkraftet. Das geht aus einem aktuellen Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Wirtschaftslage in Europa hervor. Demnach habe sich die russische Wirtschaft nach einem Einbruch im zweiten Quartal im dritten und vierten Quartal gut erholt, sodass der Produktionsrückgang auf 2,1 Prozent begrenzt blieb. Die »unerwartet starken Ergebnisse« seien zu einem großen Teil auf stabile Ölexporte zurückzuführen. (ff)

BRASILIENS JUSTIZ SPERRT TELEGRAM TEMPORÄR

Espirito Santo/DW. In Brasilien ordnete ein Gericht die komplette Sperrung des Messenger-Dienstes Telegram an. Der Schritt erfolgte, weil das Unternehmen den Justizbehörden nicht alle angeforderten Daten über Neonazi-Gruppen ausgehändigt hatte. Ein Bundesrichter hat die Entscheidung inzwischen teilweise revidiert, da die landesweite Sperrung unverhältnismäßig sei, der Konflikt ist damit aber noch nicht gelöst. Der zuständige Richter behielt zudem die tägliche Gelstrafe aus erster Instanz in Höhe von umgerechnet etwa 180.000 Euro bei. Schon im März 2022 war *Messenger*dienst erstmalig der vorrübergehend im ganzen Land gesperrt worden. (ff)

SELBSTERNANNTER Kalif Getötet

Ankara/DW. Die Türkei hat den Anführer des Islamischen Staates, Abu Hussein al-Qurashi, bei einer Spezialoperation des Geheimdienstes MIT in Syrien getötet. Das teilte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan am 30. April mit. MIT-Agenten hätten al-Qurashi schon seit langem verfolgt und ihn am Samstag »neutralisiert«. Er ist damit der dritte selbsternannte Kalif, der innerhalb der letzten 15 Monate getötet wurde. (ff)



Feuerwehrleute am 1. Mai 2023 in Paris. In ganz Frankreich versammelten sich am traditionellen Kampftag Millionen und kündigten den Sturz des Präsidenten Emmanuel Macron an. Foto: Telegram

er Grund, warum ich weiß, was in den Pfizer-Dokumenten festgehalten ist, liegt nicht darin begründet, dass ich eine medizinische Kapazität wäre, was ich als Literaturwissenschaftlerin nicht bin, sondern weil mir ein gesellschaftliches Wunder widerfuhr. Der Anwalt Aaron Siri führte ein Gerichtsverfahren gegen die US-Zulassungsbehörde für Medikamente (FDA), damit die internen Dokumente veröffentlicht werden, die Pharmakonzern Pfizer erstellt hatte, um die mRNA-Injektion anwenden zu können. Diese internen Dokumente zeigen, was mit Menschen geschah, die diesen Stoff gespritzt bekamen und was innerhalb der Behörden geschah.

Die FDA forderte den Richter des Verfahrens auf, diese Dokumente für 75 Jahre unter Verschluss zu halten, so lange also, bis wir alle nicht mehr sind. Der Richter weigerte sich, und die Dokumente wurden öffentlich. Als ich davon erfuhr, war ich besorgt, dass ich die Fachsprache der Dokumente nicht verstehen würde. Zudem kündigte *Pfizer* an, 55.000 Dokumente pro Monat veröffentlichen zu wollen. Wobei diese wiederum 10.000 Seiten umfassen konnten. Eine Unmenge an Dokumenten also, welche Journalisten überfordern würden – es sei denn, wir würden spezialisierte Leser finden, die diese Dokumente lesen, analysieren und in allgemeinverständliche Berichte übersetzen würden.

Ich ging in die Sendung War Room des Journalisten Steve Bannon, um über meine damaligen Erkenntnisse zu berichten. Zuvor waren mir meine Plattformen genommen worden, weil ich über das berichtet hatte, worüber ich seit vielen Jahren forsche und berichte - die sexuelle Gesundheit und Fortpflanzungsfähigkeit von Frauen. Im Juni 2021 hatte ich publik gemacht, dass Frauen in Folge der mRNA-Injektionen über Menstruationsbeschwerden klagten. Für mich als langjährige Feministin ist es selbstverständlich, über Probleme von Frauen zu berichten. Denn man weiß, dass Menstruationsbeschwerden ein Alarmzeichen dafür sind, dass Probleme vorliegen. Twitter schmiss mich von seiner Plattform für diese offensichtliche Feststellung.

Ein anderes Gerichtsverfahren sollte später herausfinden, dass das Weiße Haus, die Seuchenbehörde CDC, wahrscheinlich auch das US-Ministerium für Innere Sicherheit (DHS) und *Twitter* in illegaler Weise zusammengearbeitet hatten, um mich von der Plattform zu werfen und mich zu verleumden, weil ich diese Beobachtung zur Gesundheit von Frauen kundgetan hatte.

In der Sendung War Room rief ich Fachleute dazu auf, mir bei der Durchsicht und Analyse der FDA-Dokumente zu helfen. 2.500 Experten antworteten. Nun stand ich vor der Herausforderung all diese Fachleute aus der ganzen Welt zu organisieren. Da schickte mir ein Wunder Amy Kelly, diese kleine Frau, stark wie ein Löwe, die sofort anfing, diese vielen Menschen in Arbeitsgruppen zu organisieren, sodass die Arbeit beginnen konnte. Später wurden es sogar 3.500 Wissenschaftler, die diese Masse an Daten sichten konnten, um sie zu analysieren und in verständliche Sprache zu übersetzen, sodass die ganze Welt verstehen kann, was in den Dokumenten steht. Aus diesen Gruppen entstanden 58 Berichte, die in aller wissenschaftlichen Gründlichkeit von diesen Kapazitäten erstellt wurden.

Was steht in de Pfizer-Dokume

Die Journalistin Naomi Wolff präsentiert die Ergebnisse ihrer Recheche z



Die erfolgreiche Journalistin Naomi Wolf stellte 2021 im US-Fernsehen fest, dass mit dem Coronaregime ein totalitäres Regime etabliert wird und wurde dafür verleumdet. Foto: Commons

Und nun kommen wir zum negativen Teil: Die *Pfizer*-Dokumente enthalten Beweise für das größte Verbrechen gegen die Menschheit in der Geschichte unserer Spezies. So kam ans Licht, dass *Pfizer* bereits im November 2020 wusste, dass die Impfungen nicht in der Lage sind, Covid zu stoppen. Einen Monat vor der Zulassung also, als die ganze Marketingmaschine lief. Die internen Dokumente belegen, dass *Pfizer* herausfand, dass die Stoffe Impfdurchbrüche haben, dass sie ineffektiv sind und dass die dritthäufigste Nebenwirkung der Coronaimpfung Covid ist.

Die Dokumente zeigen auch, dass *Pfizer* innerhalb von ein bis zwei Monaten so viele Berichte von Nebenwirkungen erhielt, dass die Konzernführung zu der Überzeugung kam, 2.400 Vollzeitstellen schaffen zu müssen, um allein der Papierarbeit zu den Nebenwirkungen Herr werden zu können, von der sie wusste, dass sie in den kommenden Wochen auflaufen werde.

Pfizer wusste im Mai 2021, dass der Impfstoff Herzschäden bei 35 Kindern und Jugendlichen innerhalb von einer Woche nach der Impfung verursacht hatte. Auf all diesen internen Dokumenten ist der Stempel der FDA »Vertraulich« abgedruckt. Dementsprechend wusste auch die Arzneimittelzulassungsbehörde FDA um die 35 Herzschäden bei Minderjährigen. Dennoch sagte die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika den Eltern bis in den August 2021 nicht, dass es eine erhöhte Gefahr für Herzschäden bei gesunden jungen Erwachsenen gibt – vier Monate später also. Und was bekamen die jungen Erwachsenen in dieser Zeit? Eine ununterbrochene Beschallung mit Propaganda im Fernsehen, in den sozialen Medien, in den Zeitungen, finanziert von der Pharmaindustrie und der Billund-Melinda-Gates-Stiftung. YouTube-Stars traten stolz auf und zeigten, dass sie sich hatten impfen lassen. Eine Kampagne, die auf junge gesunde Erwachsene abzielte; ohne bis in den August, vier Monate später, zu erwähnen, dass die Gefahr von Herzschäden hierbei erhöht wurde.

Vielleicht erinnern Sie sich noch daran, dass die Seuchenbehörde (CDC) verkündete, dass die Lipid-Nanopartikel und Spike-Proteine in den Impfstoffen an der Stelle des Einstichs verbleiben würden. Dabei wusste *Pfizer*, dass sich diese Stoffe innerhalb von 48 Stunden im ganzen Körper verteilen. Diese Lipid-Nanopartikel sind dazu bestimmt, Körpermembranen zu durchdringen. Sie gehen in das Gehirn – hier wurden Persönlichkeitsänderungen festgestellt – in die Leber und bei Frauen in die Eierstöcke. Und erschreckend ist, dass kein Mechanismus bekannt ist, wie man diese Lipid-Nanopartikel aus den Eierstöcken entfernen kann. Mit jeder Impfung lagern sich mehr dieser Stoffe hier ein. Und *Pfizer* wusste das.

Aus den *Pfizer*-Dokumenten wird bekannt, dass innerhalb von drei Monaten mehr als 1.200 Todesfälle und mehr als 42.000 Nebenwirkungen eintraten, und auch diese waren teilweise katastrophal. Was daran so erschrickt: Diese Nebenwirkungen sind nicht diejenigen, von denen die CDC oder die Impfärzte sprechen.

Die CDC sagt, dass man müde wird oder Schüttelfrost hat, oder dass die Einstichstelle leicht anschwillt. Davon wird in den *Pfizer*-Dokumenten nicht berichtet. Im

DW-Akademie

n nten?

zu den Corona-Impfstoffen.

industriellen Maßstab gab es Schlaganfälle, Herzinfarkte, Thrombosen, Lungenembolien, Nervenschäden, demenzartige Beschwerden, das Guillain-Barré-Syndrom und weitere schwere Nebenwirkungen. Auch Nebenwirkungen, die man nicht erwarten würde und die ich jetzt überall beobachte. Nebenwirkung Nummer eins sind Gelenkschmerzen. Hat die CDC jemals von Gelenkproblemen gesprochen? Ich kenne viele junge gesunde Menschen, die jetzt humpeln, Knie- oder Schulterbeschwerden haben. Die Lipid-Nanopartikel durchdringen alles.

Eine weitere häufig zu beobachtende Nebenwirkung sind Muskelschmerzen. Und wieder kenne ich unzählige vormals gesunde und fitte Menschen, die nun an anhaltenden Muskelschmerzen leiden. Und das findet man in industriellem Maßstab in den *Pfizer*-Dokumenten, und darüber wird die Öffentlichkeit nicht informiert.

Ich sage es nicht leichtfertig, aber es ist Massenmord. 61 Tode durch Schlaganfälle sind aufgeführt, die Hälfte der Schlaganfälle fand innerhalb von 48 Stunden nach der Spritze statt. Fünf Fälle von Leberschäden, und wiederum fand die Hälfte aller Leberschäden innerhalb von 48 Stunden nach der Impfung statt.

Einer der verstörendsten Berichte hat die Nummer 56, der Kinder behandelt. Die Notfallzulassung für Kinder wurde vor rund vier, fünf Monaten nicht gegeben. Aber Anfang 2021 – als es nicht legal war, das zu tun – spritzte *Pfizer* 62 Kinder, manche davon nur zwei Monate alt. Von 28 wissen wir nicht, was mit ihnen geschah, wir wissen nicht, ob sie überlebten. Unter den 42 Kindern, deren Unterlagen noch in den Pfizer-Dokumenten sind, findet man ein siebenjähriges britisches Mädchen, das einen Schlaganfall bekam und ein zwei Monate altes Kind mit Leberschäden. Wir haben hierzu Nachforschungen angestellt. Es gab tausend Kinder in US-Universitätskrankenhäusern, an denen mit dem Impfstoff experimentiert wurde. Und das, bevor es legal wurde, Kinder mit diesem Stoff zu spritzen.

Das sind Kinder, die man als Wegwerf-Kinder bezeichnet; Kinder, die keine Eltern haben, die sich Anwälte leisten könnten oder die eine öffentlich vernehmbare Stimme hätten; Kinder in Anstalten, die auf diese Weise missbraucht wurden.

Zentral an den Pfizer-Dokumenten sind meiner Meinung nach aber nicht die Tode oder die Behinderungen. Auch was ich jetzt sage, sage ich nicht leichtfertig. Ich bin Jüdin, meine Großmutter verlor neun Brüder im Holocaust, ich spreche nicht so schnell über Mengele oder Nazi-Experimente. Unter den Dokumenten findet man ein Mengele-artiges Experiment in einem riesigen Umfang zur menschlichen Fortpflanzungsfähigkeit. Eine umfassende Studie dazu, wie man menschliche Fortpflanzungsfähigkeit stören und beeinträchtigen kann. In den Pfizer-Dokumenten wird Frauen empfohlen, nicht schwanger zu werden. Was seltsam ist, wenn man davon ausgeht, dass es um eine Atemwegsinfektion geht. Trotzdem wurden 270 Frauen schwanger. Von diesen 270 Frauen »verlor« Pfizer die Unterlagen - was illegal ist, weil der Konzern laut Gesetz dazu verpflichtet war, die Untersuchungen aufzubewahren - von 234 Frauen. Von den 36 Frauen, deren Schwangerschaft besprochen wird, verloren über 80 Prozent ihr Kind durch Abgänge und Fehlgeburten.

Dies ist ein Auszug des Vortrags, den die US-Amerikanerin Naomi Wolff am 7. März 2023 am Hillsdale College in Michigan hielt. Übersetzung ins Deutsche und Redigat für den Druck: Hendrik Sodenkamp. Der vollständige Vortrag ist auf der Internetsseite der Hochschule im englischen Original zu finden.



Das Letzte – von Anselm Lenz

Sehr geehrte Leserinnen (m/w)!

Zuerst quatschten sie meine Ehefrau an: Der imperiale Lügenfunk BBC wollte sie mal ganz unverfänglich für ein Podcast-Format sprechen, man könne sich auch in Berlin treffen. Für Britinnen wie Louise hat die BBC noch immer einen guten Klang aus vergangner Zeit, doch sie erinnerte sich: Im Jahr 2021 hatte die British Broadcast Corporation den deutschen Anwalt, Demokraten und Demonstranten Samuel Eckert ohne Grund mit den übelsten Sexualstraftaten in Verbindung gebracht – weil er auf der Straße das Grundgesetz gegen die Corona-Putschisten und Nato-Kriegstreiber verteidigt hatte.

Am zurückliegenden langen Wochenende wurde dann klar: Es wird ein systematischer Angriff der britischen Propagandabehörde werden, die ähnlich der Anstalten der ARD hauptsächlich noch Verleumdungsaufgaben von Oppositionellen und Friedensfreundinnen übernimmt. Eine Journalistin der BBC, man muss sie wohl eher Denunziationsagentin der britischen Regierung nennen, quatschte auf *Instagram* und in anderen »Sozialen Medien« alle möglichen mit dem DW in Verbindung stehenden Persönlichkeiten an. Dies fast immer mit demselben lapidaren Text und dem Hinweis auf den kommenden Podcast (eine Art Audio-Reportage). Es gehe ihr, Marianna Spring, darum, wie »neue Medienphänomene«, die unter der Corona entstanden seien, in die Zukunft gingen. Hintergrund: Diese Zeitung kommt zusätzlich auch an die Kioske und in die Bäckereien. Das macht unsere Konkurrenzblätter wie »Die Zeit« oder »Mopo« nervös.



(Foto: Freies Material Star Wars / Krieg der Sterne

Wie weiter? Im Grunde also eine gute Frage – wachsen! Aufklären! Wie wir aber nicht nur durch die Corona-Lüge und die gleichgeschaltete Konzernpresse wie BBC und ARD wissen, gibt es nicht den Hauch einer Chance, Inhalte zu vermitteln. Denn die Antwort, leitende RedakteurInnen des DW stünden auf Englisch für eine Live-Übertragung allen Fragen gegenüber bereit, schlagen fast alle Anstalten aus. Warum auch, wir haben in vielen Punkten die Wahrheit zweifelsfrei auf unserer Seite, die sie systematisch verleugnen.

Spring hat, das lässt sich *online* nachvollziehen, offenbar ab Mitte 2021 ein Angebot der Regierung angenommen, als Agentin der kriminellen Transhumanisten- und Rüstungslobby aufzutreten und dafür ihr *BBC*-Pöstchen einzusetzen. Ein Phänomenbereich, der uns in der BRD unter anderem durch den *Fake*-Journalistengewerkschafter Jörg Reichel (DJU/Verdi) bekannt ist, jenes triste Männlein, das sich fast nur noch damit beschäftigt, das Gegenteil gewerkschaftlicher Arbeit zu machen. Er denunziert Journalisten, die Kapital und Regierung nicht in die Schweineagenda passen.

Zum Glück wandten sich viele der Angeschriebenen sogleich an uns, sodass wir per Newsletter (siehe NichtOhneUns.de) und in den diversen Chat-Applikationen »Warnstufe Rot, feindlicher Angriffsversuch kommt über den Kanal angeflogen« ausgeben konnten. Es sieht derzeit so aus, als hätten wir für dieses Mal den englischen Angriff abgefangen. Aber das finstere Masken-Imperium hat einen Auftrag und es wird wohl versuchen, zurückzuschlagen.

Herzlich achtungsvoll grüßt Anselm Lenz | Journalist, Verleger



Bei ihrem Vortrag am Hillsdale College muss Naomi Wolf um Fassung ringen angesichts der schrecklichen Erkenntnisse aus den Biontech-Pfizer-Dokumenten. Foto: Videostill

Dr. Naomi Wolf studierte an der Yale-Universität und ist Literaturwissenschaftlerin und Journalistin. Wolf war Beraterin für Frauenfragen sowohl für die Clinton-Wiederwahlkampagne als auch für die Gore-Präsidentschaftskampagne 2000. Mittlerweile distanziert sie sich von der Demokratischen Partei der USA. Sie lebt und arbeitet in New York.

Meinungsfreiheit in Deutschland

Über Zwischentöne bei einer Unterhaltung hochrangiger Kulturfunktionäre zum Thema Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland. | Von Aglaja Beyes-Corleis

igentlich sollte es eine Konsens- und Selbstvergewisserungs-Show werden nach dem Motto; »Wir sind uns alle einig«. So jedenfalls hatte es sich die Moderatorin und ARD-Journalistin Gigi Deppe vorgestellt, als sie am 30. April 2023 im Hessischen Staatstheater in Wiesbaden eine Podiumsdiskussion eröffnete. Das Thema: Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit in Deutschland und der Welt.

»Ein Problem ist, dass wir alle einer Meinung sind. Ich habe das Podium gebeten, sich auch mal ins Wort zu fallen und lebhaft zu diskutieren.« Diese aufgesetzte Regieanweisung wurde nicht umgesetzt im Gespräch mit Teilnehmern von der Schriftstellervereinigung PEN, Amnesty International, Reporter ohne Grenzen und dem Intendanten des Hessischen Staatstheaters als Gastgeber der Maifestspiele, die diese Veranstaltung eröffnete. Wohl aber gab es Zwischentöne, die eigentlich nicht ins Bild eines Konsens' passen über die selbstverständlichen demokratischen Rechte (bei uns) einerseits und die diktatorischen Staaten andererseits.

Gleich eingangs ließ sich Michael C. J. Landgraf, neuer Generalsekretär des PEN, darüber aus, dass es neue Fälle verfolgter Journalisten in Italien gebe, unserem treuen
Nato-EU-Bündnispartner. »So schnell kann
es gehen«, so Landgraf. Und Michael Rediske, Vorstandsmitglied von Reporter ohne
Grenzen, beklagte, wie schwierig es für Russen sei, Asyl in Deutschland zu bekommen
und bezog dies explizit auf Kriegsdienstverweigerer, die ja eigentlich geschützt sein sollten. Und dann erfuhr das Publikum, dass es
»in Russland kaum Journalisten im Gefängnis gebe« (hör, hör!).

Dafür aber umso mehr im Exil, denen seine Organisation kräftig unter die Arme greife, damit sie hier arbeiten könnten. Landgraf vom PEN erwähnte Probleme mit der Pressefreiheit in den USA und Brasilien, bezog diese allerdings nur auf die Präsidenten Trump und Bolsonaro.

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:



Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 131 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 15 vom 8. August 2020.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN: demokratischerwiderstand.de/abo

Spannend wurde es bei der Frage: »Wie wach ist Deutschland für die Meinungsfreiheit?« Paula Zimmermann, Fachreferentin für Meinungs- und Versammlungsfreiheit bei Amnesty International, meinte, diese würde gewährt. Dennoch aber erlebe sie eine »Erosion« und führte diesbezüglich das neue Landesversammlungsgesetz an, das flächendeckende behördliche Video-Aufnahmen und präventive Ingewahrsamnahme ermögliche – bis zu zwei Monaten in Bayern im Rahmen neuer Anti-Terror-Maßnahmen. Das sei »bedenklich in der Tendenz«.

Weiter ging es mit der »Verrohung der Gesellschaft« bei uns, aber auch in den USA, wo inzwischen 1.500 Bücher auf dem Index stünden und aus zahlreichen Bibliotheken der Südstaaten verbannt seien. Und dann gab der Intendant des Hessischen Staatstheaters, Uwe Eric Laufenberg, ein bemerkenswertes *Statement* ab. Früher, in den 80er- und 90er-Jahren, sei »in der Kunst alles möglich gewesen«. Das sei nun seit etwa fünf Jahren vorbei.

Auf Nachfrage der ungläubigen Moderatorin wurde Laufenberg konkret und schilderte, was ihm widerfuhr, als er auf die Einhaltung des Vertrages mit der weltbekannten Opernsängerin Anna Netrebko bestan d. Diese war als angebliche Putin-Unterstützerin – was sie deutlich bestritt – öffentlich attackiert worden. Leute aus der Hessischen Landesregierung und der Stadt Wiesbaden hätten ihm als Intendanten gedroht, ihm würde »alles Geld abgezogen« und er »könne die

Maifestspiele vergessen«, wenn die Sängerin Netrebko auftrete. Der Intendant musste einen Rechtsanwalt hinzuziehen und stellte gegenüber dem Wiesbadener Oberbürgermeister klar: Hier gehe es um Kunstfreiheit und »das regle ich«, so der Intendant. Immerhin: Anna Netrebko wird auftreten. Bühne frei für Fragen des Publikums hieß es in der letzten Viertelstunde, woraufhin die Autorin dieser Zeilen fragte: »Ist es wirklich eine gute Idee, Russia Today (RT) zu verbieten? Wäre es nicht richtiger, im Falle tatsächlicher Falschmeldungen diese zu widerlegen?« Es sei »grundsätzlich keine gute Idee, Sender zu verbieten«, so der Vertreter von Reporter ohne Grenzen. Angesichts des Ukraine-Krieges sei das aber eine besondere Situation. Eine Nachfrage war nicht möglich.

Dass es mit der Meinungsfreiheit in der Ukraine nicht zum Besten stehe – auch das wurde angeschnitten, besonders die »problematische Berichterstattung von der Front«. Dass es keinen unbeschränkten Zugang zur Front gebe, sei ja verständlich, die Kriterien seien allerdings »wischi waschi«.

Natürlich kam bei dieser Veranstaltung all das nicht zu kurz, was zu erwarten war: Berichte über die Lage in den »autoritären« Staaten, allen voran Russland und dem Iran. Doch wer genau hinhörte, erfuhr so manches über »unsere« vermeintlich so freie Welt.



Aglaja Beyes-Corleis wurde 1954 in Hamburg geboren. Sie ist freie Journalistin und Autorin sowie Dozentin für Deutsch als Fremdsprache. Von 2016 bis 2021 war sie Stadtverordnete in Wiesbaden.

DIE HEIMLICHEN

HERRSCHER

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Du immer mit deinen Leitmedien, höre ich nach meinen Vorträgen oft. Das schleicht sich doch aus. Die Jungen, wird dann gesagt, sind doch längst ganz woanders. Das stimmt. Wirklich besser ist das aber nicht.

Wenn das Semester losgeht, frage ich meine Studenten, wo und wie sie sich informieren. Fernsehen? Nicht wirklich. Zumindest nicht im Wohnzimmer. Gedrucktes? Höchstens bei der Oma, die komisch drauf zu sein scheint. Liest doch tatsächlich jeden Tag im Heimatblatt. Sonst? Plattformen, was für eine Frage.

Die *Tagesschau* steht trotzdem ganz weit oben. Viereinhalb Millionen *Follower* auf *Instagram*. Reichweite in meinem Hörsaal: fast 100 Prozent. Auch *Funk* kennt man hier. Digital eine große Nummer. Das heißt: Wer jung ist in Deutschland und nach oben will, bekommt die gleichen Botschaften wie

die Alten – noch stärker zugespitzt und noch weniger verhüllt. Während ich diese Zeilen schreibe, lächeln auf der *Insta*-Startseite der *Tagesschau* Olaf Scholz, Nancy Faeser und Frank Ulrich Montgomery.

Einige meiner Studenten haben diese Gesichter satt. Früher hätte ich gesagt: Nachrichtenvermeider. Heute funktioniert das nicht mehr – zumindest nicht in einer Stadt wie München. Ich sehe das Zeug nur noch in der Tram, schreibt ein junger Mann und ergänzt: dort aber jeden Tag. Herrscher über den öffentlichen Raum ist *Ströer*, ein Werbekonzern mit einem Jahresumsatz von fast zwei Milliarden Euro und einer Bildschirmarmee, der niemand entkommen kann. Bahnhöfe, Einkaufszentren, Straßen. *Ströer* ist überall.

Damit ist auch *T-Online* überall, ein Portal, das seit 2015 *Ströer* gehört. Jeden Monat mehr als 30 Millionen Nutzer, die Leinwände draußen nicht mitgezählt. 150 Namen im Impressum. Wenn das kein Leitmedium ist. Wer sich gewundert hat, warum hier viele Kampagnen starten: Bei diesem Kind von *Ströer* treffen sich kommerzielle und politische Macht. Und dieses Kind muss weder den Presserat fürchten noch irgendein Aufsichtsgremium im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

T-Online hat auch den Startschuss gegeben, als es Ende März gegen mich und den Demokratischen Widerstand ging. Immerhin: Meine Studenten kennen diese Zeitung jetzt. Man konnte mich auch in den Münchner U-Bahn sehen.

VERANSTALTUNGSKALENDER

07.05.2023 • Leipzig; Friedenspark, Philipp-Rosenthal-Str. 51 • KONZERT UND VORTRAG
• »Fest der Redekultur und Demokratie« mit Björn Banane, Yann Song King, DJ Emphox • 10 bis 20 Uhr • Eintritt frei

08.05.2023 • Wangerooge, Haus des Kurgastes, Obere Strandpromenade 3, 26486 Wangerooge • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • Einlass ab 19.30 Uhr • Tickets: 15 Euro unter kabarett-musik.de

12.05.2023 • Dorsten; Gemeinschaftshaus Wulfen, Wulfener Markt 5, 46286 Dorsten • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • Einlass ab 19.00 Uhr • Tickets: 22 Euro im VVK unter kabarettmusik.de, Abendkasse: 26 Euro

14.05.2023 • Berlin; Kühlspot, Lehderstr. 74, 13086 Berlin • KONZERT von Yann Song King • Beginn 20 Uhr • Tickets an der Abendkasse

19.05.2023 • Helmstedt; Marktplatz am Rathaus • AUSSTELLUNG • »Galerie des Grauens« von Peter Ganz • 10 bis 18 Uhr • Eintritt frei

20.05.2023 • Wolfenbüttel; Schlossplatz • AUSSTELLUNG • »Galerie des Grauens« von Peter Ganz • 10 bis 18 Uhr • Eintritt frei

26.05.2023 • Braunschweig; Kohlmarkt • AUSSTELLUNG • »Galerie des Grauens« von Peter Ganz • 10 bis 18 Uhr • Eintritt frei

O2.06.2023 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalder Str. 23A, 10405 Berlin • KONZERT UND TALK • »4. Solikonzert für Julian Assange« mit Kilez More, Piet Starrett, BasisBandBerlin, Andre Krengel, das Jens Fischer Rodrian Trio & Alexa Rodrina; Talkrunde mit Ulrike Guérot, Gabriele Gysi, Katrin Seibold, Uli Gellermann, Nina Maleika und Captain Future • Einlass ab 18.30 Uhr • Soli-Tickets: 19,50 Euro unter protestnoten.de und an der Abendkasse

01. und 02.07.2023 • Berlin; Hotel Aquino, Hannoversche Str. 5b, 10115 Berlin • PSYCHOLOGIE-SYMPOSIUM • »Aus der Angst in die Selbstermächtigung« mit Bastian Barucker, Katja Wrobel, Katharina von Weiler, Prof. Klaus-Jürgen Bruder uva. • Tickets unter ppt-symposium-selbstermaechtigung.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine Email an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über https://nichtohneuns.de

Feuilleton

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich. Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS CORONA-ABC Von Alarmismus bis Zensur

Sven Magnus Hanefeld Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3982274560



TRANSHUMANISMUS Streitfrage

Stefan Lorenz contra Philipp von Becker Westend-Verlag ISBN: 9783864893865



KRIEGSFOLGEN Wie der Kampf um die Ukraine die Welt verändert

Stefan Kraft, Hannes Hofbauer (Hgg.), Promedia-Verlag ISBN: 978-3-85371-511-6



CHRONIK EINER ABRECHNUNG

Flo Osrainik

Sodenkamp & Lenz ISBN: 978-3982274577



QUERFRONT Die letzte Chance der Demokratie

Manfred Kleine-Hartlage Verlag der 300 ISBN: 978-3897068179



WER SCHWEIGT, STIMMT ZU Über den Zustand unserer Zeit und darüber, wie wir leben wollen, Ulrike Guérot Westend ISBN 978-3864893599



SCHWERER VERLAUF Corona als Krisensymptom

Andreas Urban (Hg.) Promedia-Verlag ISBN: 978-3-85371-513-0



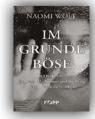
DAS KONSPIRATIONISTISCHE **MANIFEST**

Anonym Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3982274591



STRATEGIEN DER MACHT

Roland Rottenfußer Rubikon-Verlaa ISBN: 9783967890365



IM GRUNDE BÖSE Covid-19, die neue Machtelite und ihr Krieg gegen die Menschlichkeit

Naomi Wolf, Kopp-Verlag ISBN: 978-3864459030

MELDUNG

FOX FEUERT TUCKER CARLSON

New York/DW. Er nahm noch nie ein Blatt vor den Mund: Tucker Carlson redet gerne Klartext, etwa wenn es um Big Pharma, tödliche Corona-Giftspritzen und unterwürfige Mainstream-Medien geht. Die Zuschauer seiner Prime-Time-Show »Tucker Carlson Tonight« liebten ihn dafür. Der konservative Moderator war ein Markenzeichen des US-Senders Fox News. Aber seine ehrliche und kritische Art der Berichterstattung kostete ihm nun den Job. In einer Erklärung teilte der Sender mit, man habe sich geeinigt, getrennte Wege zu gehen. Doch Carlson wird keineswegs in der Versenkung verschwinden, dafür ist er zu populär. Auf Twitter macht er den Menschen Ende April in einem flammenden Appell Mut, dass der politische Wahnsinn, der uns derzeit umgibt, bald ein Ende haben werde: »Wenn ehrliche Menschen die Wahrheit sagen und dabei ruhig bleiben, werden sie mächtig. Gleichzeitig schrumpfen die Lügner, die versucht haben, sie zum Schweigen zu bringen, und sie werden schwächer.« Die Videobotschaft wurde bereits rund 24 Millionen Mal angesehen. (kmü)

WIRD SENDER AUF1 BALD BEHÖRDLICH ABGESCHALTET?

Garsten/DW. Ein neuer Bescheid der österreichischen Medienbehörde KommAustria gefährdet die Ausstrahlung des Aufklärungssenders AUF1. »Man versucht auf allen Ebenen, uns jetzt fertigzumachen«, erklärt Chefredakteur Stefan Magnet. Aufgrund einer »schwerwiegenden Verletzung« des AUF1-Herausgebervereins gegen das audiovisuelle Mediendienstgesetz, drohe dem TV-Sender die Abschaltung und eine Strafe in Höhe von 40.000 Euro. Magnet bezeichnet den Bescheid auf der sendereigenen Internetseite als »willkürlich und politisch» und verspricht, »mit allen juristischen Mitteln« dagegen vorzugehen. (kmü)

MAINSTREAM FEUERT GEGEN TIL SCHWEIGER

Berlin/DW. Erst äußerte sich Til Schweiger kritisch zu Corona-Maßnahmen und zur

»Impfung«, zuletzt schimpfte er über die Klimakleber und die Grünen (DW berichtete). Und nur wenige Tage später treiben die Mainstream-Medien mit ihm die nächste Sau durchs Land und feuern Giftpfeile in Form von bösen spekulativen Berichten gegen den erfolgreichen Schauspieler ab. Die Vorwürfe lauten: Alkoholexzesse, Demütigungen, gar von Gewalt gegen einen Mitarbeiter sei die Rede. Laut seiner Produktionsfirma sollen die Vorwürfe »überwiegend unvollständig und verzerrend, teilweise auch wiederum schlicht falsch« sein. Seine Anwältin erklärte: »Kursierende Gerüchte« würden «zu Unrecht als tatsächlich« dargestellt. Ja, dieses Spiel kennt man inzwischen. Da verwundert es auch nicht mehr, dass sich nun sogar die grüne Kulturstaatsministerin Claudia Roth eingeschaltet hat und eine »lückenlose Aufklärung« verlangt. (kmü)

JULIA NEIGEL: ÖFFENTLICHER **GERICHTSTERMIN AM 27. JULI**

Bautzen/DW. Am 27. Juli (11 Uhr) kommt es vor dem Oberverwaltungsgericht Bautzen (Ortenburg 5, 02625 Bautzen, Saal 5) zu einem öffentlichen Gerichtsprozess mit Julia Neigel. Die couragierte Sängerin hatte Klage gegen den Freistaat Sachsen und seine Coronaverordnungen eingereicht. Konkret geht es um eine »Anfechtung der 2G-Pflicht wegen fehlendem Fremdschutz des mRNA-Arzneimittels und die des Kultur-Lockdowns im Herbst/Winter 21/22«, so Neigel auf Ihrer Facebookseite. (kmü)

HIRSCHHAUSEN KASSIERTE 71.400 EURO VOM LAND BW

Berlin/DW. Nach Informationen von pleiteticker.de kassierte ÖRR-Mann Eckart von Hirschhausen, der sich gerne auf vielen Gebieten als Experte ausgibt, satte 71.400 Euro vom Land Baden-Württemberg – und zwar für eine Video-Impfkampagne. Er machte also hochbezahlt Werbung für die gefährlichen Corona-Spritzen und lederte gleichzeitig gegen »Ungeimpfte« ab, die er als »asoziale Trittbrettfahrer« verunglimpfte. (kmü)



SPORT MIT BERTHOLD

DIE SCHÖNSTEN **FANGESÄNGE**

Fans können Stadien zu Opernhäusern mit Massenchören verwandeln: Bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar waren die emotionalsten und stimmgewaltigsten Anhänger, die aus Südamerika: Insbesondere die Fans aus Argentinien, Mexiko und Brasilien haben mich begeistert.

Wenn ich dagegen an das erste Vorrundenspiel der deutschen Elf gegen Japan denke – wir waren live dabei und berichteten - hatte ich den Eindruck, als ob jemand den deutschen Fans nahegelegt hätte, sich so still wie möglich zu verhalten.

Das hatte ich so noch nie erlebt. Japan gewann 2:1. Fürs deutsche Team war es der Anfang vom Ende bei dieser WM.

Von der Akustik her ist das Aztekenstadion in Mexico City aufgrund des Baukörpers und der Größe für mich die unangefochtene Nummer eins!

Es »röhrt« in diesem Fußballtempel. Wenn ich an das Finale 1986 gegen Argentinien denke, bekomme ich noch heute eine Gänsehaut. Leider haben wir das Spiel, in dem wir einen 0:2-Rückstand zwischenzeitlich ausgleichen konnten, am Ende mit 2:3 verloren.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



GOTT, WO BIST DU?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Rainer Kraus

Wenn Menschen fragen, wo Gott ist, handelt es sich eigentlich um eine rhetorische Frage, auf die sie keine Antwort erwarten. Denn sie wollen gar nicht wissen, wo er sich »aufhält«, vielmehr geht es um einen ganz anderen Sachverhalt: Die einen, die Gläubigen, fragen, wann Gott endlich handelt. Die anderen zweifeln an seinem Dasein und da sie seine Taten nicht sehen, fragen sie, wie es denn sein könne, dass Gott überhaupt existiere.

Diese zweite Gruppe teilt sich radikal wieder in zwei elementar unterschiedliche: Die widerrechtlich die Macht an sich reißt und einen brüsten sich damit, die Welt könne und müsse ohne Gott auskommen. Welche menschenverachtenden Konsequenzen das hat, erleben wir derzeit global und bekommen es hautnah zu spüren.

Der andere Teil hat es sein Leben lang verpasst, die Frage nach Gottes Wirklichkeit mit ganzem Ernst zu stellen. Deshalb haben diese Menschen alles geschluckt: Angefangen von der Vertreibung Gottes aus der Ontogenese (Entwicklung des Individuums von der befruchteten Eizelle zum erwachsenen Lebewesen, red.). Und jetzt die vierfarbige Quadriga (auch Viergespann genannt, red.; Offb 6, 1-8), die, geritten von »den Großen der Erde, die die Kaufleute der Erde sind» (Offb 18, 23), alles niedertrampelt und zu einer zerstörerischen Bewegung wurde, die Leid, Tod und Gewaltherrschaft bringt. Diese Menschen haben die Pandemie geglaubt, die Impfung (weiß) dankend angenommen, die Märchen über Krieg und Frieden (rot) geschluckt, ebenso wie die Lügen über die Zerstörung des Welthandels bis hin zum Leid der Millionen Hungernden (schwarz). Und jetzt dulden sie auch noch, wie eine

grüne (griechisch: »chloros«) Bewegung in einem Teil dieser Welt ein noch nicht absehbares Chaos und Verderben anrichtet. Und sie wachen einfach nicht auf ...

Die Gläubigen, die zum Teil selbst Opfer und Mittäter dieser Quadriga wurden, müssen weiter bei ihrer Frage bleiben: Gott, wo bist Du? Aber das alles Entscheidende: Gott beantwortet unsere Frage »Wo bist Du?« seinerseits mit einer Frage: »Wo bist DU?« (1. Mose 3, 9). Diese Frage zielt natürlich nicht auf unsere GPS-Daten ab, die kennt er ganz genau, sondern auf unser Handeln: »Was hast Du gemacht, was tust Du da?« Und wir dürfen damit aufhören, mit dummen »Entschuldigungen« Adam zu kopieren (Verse 10 folgende). Gott ruft doch nur, weil er die Entschuldigung alleine selbst vollbracht hat. Die beste Antwort lautet: »Gott, sprich zu mir!« Jesus ist nicht nur der Beweis für die alles überwindende Liebe Gottes, sondern auch der wiederkommende Herrscher. Lies einmal die Bibel!

Der Autor ist Zahnarzt und lebt in der Nähe von Hamburg. Kontakt: rain_ serv@gmx.de.

Samstag, 6. Mai 2023

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1 (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittel-

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die

verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4 (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet. (3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

tätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den uneheliehen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach, Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich. (2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheit-lichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle

gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in

einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen. (4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfinfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.

(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.

(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. dung ist unverzüglich nachzuholen.

(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige narlamentarische Kontrolle

eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

eme gielchwerige parlamentarische Kontrone. (7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewahrleistet. Ihnat und schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen,
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen,
das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit
und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15 Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an nen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche

Grundsätze gewahrt sind

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen

3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Ver-folgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird. (4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensicht-

(4) Die Vollzienung aufentnansbeendender Mahnammen wird in den Fallen des Absatzes 3 und in anderen Fallen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung on Asylentscheidungen treffen.

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden. (3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere

Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung

sind an Gesetz und Recht gebunden. (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Wider-

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag. **BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG** ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

SO GEHT ES: **W**

Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de — oder —

Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15, EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	
TELEFON + E-MAIL	
CTDACCE HAIICNIIMMED	

POSTLEITZAHL UND ORT _____

DW-Zeitung Postfach 35 02 16

Die kommende Ausgabe DW 132 erscheint am Samstag 13. Mai 2023!